Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zł. mit Zustellgeld 4.80 zł. Bei Postbezug monatl. 5.39 zł. vierteljährlich 16.16 zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zł. Danzig 3 G. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung ꝛc.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr. die einspaltige Reklamezeile 125 gr. Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postscheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 277. **Bromberg, Freitag den 2. Dezember 1932.** **56. Jahrg.**

Trotzki auf Reisen.

Von Dr. Karl Brennert.

Die marxistisch gefärbte Dänische Regierung hatte Leo Dawidowitsch Trotzki die Erlaubnis zur Einreise nach Dänemark erteilt, damit er in Kopenhagen auf Einladung der dortigen sozialdemokratischen Studentenorganisation in deutscher Sprache einen Vortrag über das Ergebnis seiner Forschungen über die russische Oktoberrevolution des Jahres 1917 halten konnte. Das bürgerliche Dänemark war über dieses Entgegenkommen der Regierung einem bolschewistischen Politiker gegenüber, der, abgesehen von der sowjetfreundlichen Türkei, von allen übrigen Ländern Europas als lästiger und unerwünschter Ausländer abgewiesen wurde, empört und ließ es an scharfen Angriffen gegen den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Stauning nicht fehlen.

Das Rätselraten um Trotzki hat dadurch erneut begonnen. Bekanntlich war Trotzki — sein eigentlicher Name ist Leib Bronstein — in seiner Eigenschaft als Organisator und Führer der Roten Armee in Gegensatz zu der Politik Lenins geraten und hatte sich später durch die Veröffentlichung seiner „Lehren des Oktober", die als Einleitung zum dritten Bande seiner gesammelten Werke erschienen und in denen er verschiedene bolschewistische Führer anprangerte, bei den Sowjets so verhaßt gemacht, daß man ihn seiner Ämter enthob, ihn Ende November 1927 aus der Partei hinauswarf und im Januar 1928 auf Grund des § 58 des sowjetistischen Strafgesetzbuches (gegenrevolutionäre Umtriebe) nach Wjerny an der turkestanisch-chinesischen Grenze strafversetzte. Merkwürdigerweise war den roten Machthabern im Kreml der Aufrührer selbst in der äußersten Ostecke des Russischen Reiches noch zu gefährlich. Sie ließen ihn aus seiner sibirischen Verbannung entkommen und duldeten es, daß er sich unangefochten in der türkischen Stadt Pera niederließ. Von dort aus bombardierte Trotzki fast sämtliche Regierungen der europäischen Staaten mit Gesuchen um Einreiseerlaubnis, wurde aber von ihnen abschlägig beschieden. So z. B. von Belgien, Frankreich, England, Österreich, Ungarn, der Tschechoslowakei, den skandinavischen Ländern und auch von Deutschland, wo sich vor allem der frühere Reichstagspräsident Loebe in auffälliger Weise für ihn, den Bolschewisten, einsetzte.

Mit dem italienischen Dampfer „Praga" fuhr Trotzki von Konstantinopel nach Frankreich. Auf der Reede von Marseille wurde er mit seiner Frau und seinen drei Sekretären von einem Motorboot der Französischen Regierung übernommen und buchstäblich an Land geschmuggelt. Man gestattete ihm nicht, sich öffentlich zu zeigen, aus Furcht, seine Anwesenheit könne ähnliche Demonstrationen von Kommunisten hervorrufen wie seinerzeit im griechischen Hafen Piräus. In aller Heimlichkeit wurde er sodann unter Bedeckung einiger handfester Detektive nach Paris und von dort nach Dünkirchen befördert, wo er den dänischen Dampfer „A. P. Bernstorff" bestieg und nach Kopenhagen fuhr. Einigen französischen Journalisten, denen es trotz schärfster Bewachung gelungen war, sich an den politischen Abenteurer heranzupirschen, überreichte Trotzki ein Schriftstück folgenden Inhalts: „Ich verlasse nun Frankreich und reise nach Dänemark. Meinen kurzen Aufenthalt hier habe ich dazu benutzt, meine früher gewonnenen Eindrücke von der alten Kultur und Arbeitsamkeit Ihres Landes zu erneuern und aufzufrischen. Ich vermeide politische Interviews, um nicht für die Ausfertigung meiner Pässe und meines Visums dadurch Schwierigkeiten hervorzurufen, daß ich meine alten Rechtfertigungsversuche, die auch heute noch die gleichen sind, öffentlich wiederhole. Während meines Aufenthalts in Frankreich haben mich die Behörden mit größtem Takt und mit gewinnender Herzlichkeit behandelt." Trotzki verfügte von jeher über eine äußerst rege Phantasie und über noch mehr Ironie; sonst hätte er nicht behaupten können, die französischen Behörden, die ihn wie einen Schwerverbrecher im wenn auch nicht plombierten, so doch verdunkelten Wagen durch ihr Land führten, wären ihm „mit gewinnender Herzlichkeit" begegnet. Schon vor dem Kriege wurde er aus Frankreich als lästiger Ausländer ausgewiesen, nachdem er sich durch die Herausgabe einer anarchistischen Zeitschrift in Paris unmöglich gemacht hatte. Das haben ihm die Franzosen noch nicht vergessen. Sie behandelten ihn dementsprechend wie einen gemeingefährlichen Menschen und wußten wohl, warum sie es tun mußten.

Trotzki selbst machte auf der ganzen Seereise nach Berichten anderer Fahrgäste den Eindruck eines Hypochonders, eines hochgradig nervösen Mannes, der an Verfolgungswahn leidet. Er schlief stets mit einem geladenen Revolver unter dem Kopfkissen seines Kabinenbetts. Als sich die „Praga" den französischen Hoheitsgewässern näherte, spazierte er in der Haltung eines Napoleons einsam auf Deck auf und ab. Zufällig näherte sich ihm ein anderer Fahrgast. Sofort hob Trotzki abwehrend seine Hände gegen den auf ihn zukommenden Fremden und schrie in seiner Todesangst laut um Hilfe! Er, der einstige Führer der Roten Armee — jetzt nur ein armseliger, um sein Leben zitternder Schwächling! Da niemand von der Besatzung gerade zur Stelle war, lief Trotzki, wie von Furien gepeitscht, zurück in seine Kabine. Regte sich in ihm das schlechte Gewissen? Dachte er an die vielen Blutopfer seines einstigen Machtrausches und an ihre Vergeltung?

Im übrigen erklärte Trotzki einigen Pressevertretern, er verfolge mit seiner Reise keine politischen Nebenziele, und sein Vortrag in Kopenhagen diene lediglich der Geschichtsforschung, nicht aber der politischen Propaganda. Wer aber glaubt heute diesen Aussagen eines politischen Abenteurers?

Russisches Paktangebot an Rumänien.

Der französisch-sowjetrussische Nichtangriffspakt und das von den beiden Ländern zustandegekommene Schlichtungsabkommen sind, wie wir bereits berichteten, im Außenministerium in Paris unterzeichnet worden. Bei dieser Gelegenheit überreichte der russische Botschafter Dowgalewski dem französischen Ministerpräsidenten folgende schriftliche Erklärung:

„Die Sowjetregierung nimmt die Güte der Französischen Regierung in Anspruch und bittet, folgende Erklärung zur Kenntnis der Rumänischen Regierung zu bringen: **Die Sowjetregierung, die von dem Wunsche beseelt ist, ihre friedlichen Absichten gegenüber Rumänien zu beweisen, erklärt sich bereit, der Rumänischen Regierung vom heutigen Tage ab vier Monate Zeit zu lassen, um mit der Sowjetregierung ein Nichtangriffsabkommen in dem Sinne zu unterzeichnen, wie es zwischen Litwinow und Cadere (der rumänische Gesandte in Warschau. — D. Red.) vereinbart worden war,** einschließlich des von Cadere vorgeschlagenen Schlußprotokolls. Die Sowjetregierung, die wieder einmal ihre friedlichen Bestrebungen beweist, erklärt, daß sie ihrer Politik treu bleibt, die darin besteht, für die Lösung aller Streitfragen nicht zur Gewalt zu greifen, und die durch den Kelloggvertrag übernommenen Verpflichtungen zu wahren."

Nach der Unterzeichnung des russisch-französischen Abkommens richtete Herriot einige Worte an den russischen Botschafter, in denen er der besonderen Genugtuung der Französischen Regierung über den Abschluß der Verhandlungen Ausdruck gab. Diese Genugtuung, so betonte Herriot, sei um so größer, als die Unterzeichnung des Nichtangriffs- und Schiedsgerichtsabkommens zu einem Zeitpunkt geschehen sei, an dem die Polnische Regierung ihre Abkommen mit Rußland ratifiziere und die Rumänische Regierung ihrer Befriedigung über das französisch-russische Abkommen Ausdruck gebe. Er hoffe, daß der neue Vertrag zur Festigung des Friedens beitragen werde. Im Namen des französischen Volkes begrüße er die Vertreter der Sowjetunion, mit denen Frankreich vertrauensvolle Beziehungen zu unterhalten wünsche. Der Wert des gegenwärtigen Vertrages liege in der Art, mit der er durchgeführt werde. **Die Russische Regierung dürfe an den Bemühungen Frankreichs, sie wirksam zu gestalten, nicht zweifeln.** Der russische Botschafter gab seinerseits eine kurze Erklärung ab, in der er die Bedeutung des Vertrages im Interesse des Friedens und der guten Beziehungen zu Frankreich und Rumänien unterstrich. Die Sowjetregierung messe diesem Vertrag große politische und moralische Bedeutung bei, denn er entspreche den friedlichen Bemühungen Sowjetrußlands. Sie werde alle Anstrengungen machen, um ihn wirksam und für beide Länder nutzbringend zu gestalten.

Zu dem bereits bekannten Wortlaut des russisch-französischen Nichtangriffspaktes ist zu ergänzen:

1. daß der nach beiderseitiger Ratifizierung in Kraft tretende Vertrag unbefristete Geltung hat. Nach Ablauf von zwei Jahren seit dem Inkrafttreten des Vertrages kann er jedoch mit einer Frist von einem Jahr gekündigt werden;

2. daß laut Art. 3 des Vertrages seine Bestimmungen in keiner Weise die Rechte und Pflichten beeinträchtigen können, die für jeden der vertragschließenden Parteien aus Verträgen herrühren, die sie vor Inkrafttreten des Nichtangriffsvertrages abgeschlossen haben.

Außerdem erklären beide Parteien,

daß sie durch keinen Vertrag gebunden sind, der sie etwa verpflichten würde, sich an einem Angriff einer dritten Macht zu beteiligen.

Austausch der polnisch-russischen Ratifikations-Urkunden in Warschau.

Wie der Warschauer Korrespondent des „Ilustrowany Kurjer Codzienny" erfährt, wird der Austausch der Ratifikationsurkunden des Nichtangriffspaktes zwischen Polen und Sowjetrußland in Warschau erfolgen. Das Blatt nimmt an, daß dieser feierliche Akt nach der Rückkehr des Außenministers Beck aus Genf stattfinden wird.

Heute Schleichers Ernennung zum Kanzler?

Hitler kommt nicht nach Berlin.

Berlin, 1. Dezember.

In der Frage der Regierungsbildung ist bis heute vormittag keinerlei Fortschritt zu verzeichnen. Die angekündete Aussprache zwischen dem Reichswehrminister von Schleicher und Hitler hat bisher nicht stattfinden können, da Hitler auf halbem Wege nach Weimar abgebogen ist und sich bislang noch dort aufhält. Er hat die Einladung zu einer Aussprache mit Herrn von Schleicher noch gar nicht beantwortet, so daß niemand weiß, ob und eventuell wann er nach Berlin kommen will. Nach Weimar wurden inzwischen alle engsten Mitarbeiter berufen, u. a. der Reichstagspräsident Goering, Dr. Frick, Strasser sowie Goebbels. Über den Verlauf der Beratungen wird Stillschweigen bewahrt, es gilt jedoch als sicher, daß die Besprechungen der eventuellen Konferenz Hitlers mit General von Schleicher gegolten haben.

Wie es in dem gestern abend veröffentlichten Communiqué des Conti-Bureaus heißt, wird in der Umgebung des Reichswehrministers damit gerechnet, daß es zu einer Zusammenkunft zwischen Hitler und Schleicher am heutigen Donnerstag nachmittag kommen wird.

In politischen Kreisen wird dieser Optimismus nicht geteilt, um so mehr, als die nationalsozialistische Presse ausdrücklich von der Zwecklosigkeit weiterer Verhandlungen spricht, so lange nicht eine grundsätzliche Änderung des gegenwärtigen politischen Kurses der Regierung erfolgt. Unter diesen Bedingungen zieht sich die Regierungskrisis wiederum hin. Die Hugenberg-Presse fordert vom Reichspräsidenten eine Entscheidung zugunsten eines Präsidial-Kabinetts, an dessen Spitze sie am liebsten Herrn v. Papen sehen möchte. Der Reichspräsident empfing gestern den Reichswehrminister, der Pressemeldungen zufolge einen Bericht über die Krisenlage erstattete.

Schleicher soll das Kabinett bilden.

Berlin, 1. Dezember. (PAT.) Das gestern spät abends herausgegebene Communiqué des Conti-Bureaus teilt mit, daß maßgebende Kreise mit der Liquidierung der Kabinettskrise am heutigen Donnerstag rechnen. Hindenburg wird, so heißt es in dieser halbamtlichen Information, ohne Rücksicht darauf, ob Hitler nach Berlin kommt oder nicht, den General von Schleicher zum Reichskanzler ernennen und ihn mit der Kabinettsbildung betrauen.

Berlin, 1. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Die gestern noch allgemein verbreitete Ansicht, daß es doch noch zu einer direkten oder indirekten Fühlungnahme zwischen Schleicher und Hitler kommen würde, hat sich bisher nicht bestätigt. Adolf Hitler ist heute vormittag noch immer in Weimar, und von den Persönlichkeiten, die an der gestrigen Weimarer Aussprache teilgenommen haben, ist niemand in Berlin eingetroffen, weder Strasser noch Goebbels. Trotzdem hält man es nicht für ausgeschlossen, Goebbels. Trotzdem glaubt man, daß eine Fühlungnahme, die über die beabsichtigte Haltung der NSDAP im Reichstage Klarheit schaffen soll, vielleicht an einem dritten Ort stattfindet. Mit einer Tolerierung seitens der NSDAP oder deren Zustimmung zu einer Art Waffenstillstand wird nicht mehr gerechnet. Die Kabinettsbildung selbst wird sich auf jeden Fall unabhängig von der Haltung der NSDAP vollziehen. Die Haltung der NSDAP ist nur wichtig für die Vollmachten, die das neue Kabinett bekommt. Man nimmt in gut unterrichteten Kreisen an, **daß Reichswehrminister von Schleicher bereits über die Zusammensetzung des von ihm zu bildenden Präsidial-Kabinetts verhandelt, daß seine offizielle Betrauung aber heute noch nicht erfolgen wird.**

Weimar, 1. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Man gewinnt hier den Eindruck, daß Hitler von sich aus für heute keine Reise nach Berlin plant, sondern, wie bereits seit Tagen angekündigt, heute abend in Altenburg für die thüringischen Kommunalwahlen sprechen wird. In Altenburg werden hierfür große Vorbereitungen getroffen. Es wurde u. a. ein Zelt für 15 000 Personen errichtet.

Eine scharfe Erklärung der Nationalsozialisten.

München, 1. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Völkische Beobachter" enthält sich heute der unmittelbaren Stellungnahme zum Stand der Regierungskrise. Er veröffentlicht dagegen unter der Überschrift „Ungewöhnlich dreiste Staatsstreichpläne" aus der November-Nummer des Organs des Hauptvereins der Konservativen progarmmatische Forderungen, in denen verlangt wird, daß unter allen Umständen die Wahl des Reichspräsidenten bzw. des Reichsverwesers fortfallen, unbedingte Gewähr für die Person des Nachfolgers Hindenburgs geschaffen werden müsse und daß die Institution des Reichspräsidenten keinesfalls zu einer neuen Stütze der Republik werden dürfe, sondern der neue Reichspräsident sich lediglich als Platzhalter für die Erbmonarchie der Hohenzollern zu fühlen habe.

„Man fordert also den Staatsstreich von oben zugunsten deutschnationaler Postenjäger", bemerkt hierzu der „Völkische Beobachter". „Man fragt sich, ob diese Menschen wahnsinnig geworden sind, ob sie den letzten Rest von Verantwortungsgefühl gegenüber Deutschland verloren haben. Jedoch warnen wir jene, die in Berlin noch immer nicht

die einzig mögliche Folgerung in bezug auf die deutsche Freiheits-Bewegung gezogen haben."

Die „Nationalsozialistische Korrespondenz" schreibt, die Tatsache, daß Adolf Hitler am Mittwoch nicht nach Berlin kam, habe die Verwirrung ins Unmenschliche gesteigert. Alle Augen hätten sich nach Thüringen gerichtet, nach dem Manne, der zur Zeit alle Trümpfe in der Hand habe. Von ihm und seiner Entscheidung hänge allein das Gedeihen der Herren von Papen, von Schleicher und Meißner ab, nicht zuletzt das des Reichspräsidenten selbst.

Die Besprechungen von Schleichers mit den Gewerkschaftsführern

nimmt die **„Köln. Ztg."** zum Anlaß zu folgenden Bemerkungen:

Ob der Reichswehrminister bei den gestrigen Besprechungen auch über die sachlichen Ziele einer neuen Regierung verhandelt hat, ist bisher noch nicht bekanntgeworden. Wenn aber auf Grund der gestrigen Empfänge jetzt schon von der drohenden Verwirklichung einer Gewerkschaftsfront oder eines „feldgrauen Sozialismus" geredet wird, so darf man das wohl zum mindesten für voreilig halten. Der Reichswehrminister ist allerdings nach allem, was man bisher von ihm hörte, stärker als Papen für staatssozialistische Pläne empfänglich. Und wenn er jetzt Reichskanzler werden sollte, so wird die Privatwirtschaft, der Reichsbankpräsident und die bürgerliche Presse ein sehr wachsames Auge auf alle planwirtschaftlichen Ansätze in der Arbeitsbeschaffungs- und der allgemeinen Wirtschafts- und Finanzpoltitik haben müssen. Daß aber Schleicher als Reichskanzler das eingeleitete Wirtschaftsprogramm vollständig über den Haufen werfen könnte, dürfte schon deshalb nicht in Frage kommen, weil der Reichspräsident bisher mit Recht den Standpunkt vertreten hat, daß an den Grundlinien des Wirtschaftsprogramms nichts geändert werden dürfe.

Diese Forderung hat der Reichspräsident nicht aus Liebe zu Papen oder aus Abneigung gegen Hitler so entschieden vertreten, sondern einfach deshalb, weil es katastrophale Folgen haben würde, wenn ein wirtschaftliches Jahresprogramm, das gerade in Gang gekommen ist, nach dem guten Anlauf plötzlich wieder abgebremst würde. Deshalb gilt die Forderung der Unantastbarkeit des Wirtschaftsprogramms für Schleicher ebenso wie für Hitler und jeden andern. Die Voraussetzung für die Durchführung dieses Programms ist aber politische Ruhe, und die kann nach unserer Meinung bei der augenblicklichen Lage von einem Mann wie Schleicher besser gewährleistet werden, als von dem stark befehdeten Reichskanzler von Papen. Aus diesem Grunde halten wir trotz der erwähnten wirtschaftspolitischen Bedenken die Ernennung Schleichers zum Reichskanzler für erforderlich. Daran ändert auch die Absage der Nationalsozialisten nichts. Es ist gewiß nicht leicht für den Reichswehrminister, nach dieser Absage noch das Reichskanzleramt zu übernehmen. Aber diese Absage zeigt uns den ganzen Ernst der politischen Lage nud die Notwendigkeit, einen Mann zum Kanzler zu machen, der die meiste Aussicht hat, mit den Schwierigkeiten fertig zu werden.

Vor der Fünf-Mächte-Konferenz.

Paris, 1. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Am Mittwoch nachmittag gab Ministerpräsident Herriot im Kabinettsrat einige Erklärungen über seine letzten Unterredungen mit Norman Davis ab. Er betonte, daß der endgültige Beschluß über das Zustandekommen der Fünf-Mächte-Konferenz von der Antwort abhängig gewesen sei, die Herr von Neurath für vergangenen Montag zugesagt hätte. Die Französische Regierung habe jedoch bisher keine Antwort erhalten. Die Tatsache, daß Macdonald und Sir John Simon nichtsdestoweniger ihre Abreise beschlossen hätten, lasse darauf schließen, daß die Englische Regierung nicht in derselben Weise übergangen worden sei.

Kriegsminister Paul-Boncour wird bereits am heutigen Donnerstag Paris verlassen, um gemeinsam mit den englischen Vertretern zu der bevorstehenden Fünf-Mächte-Konferenz in Genf einzutreffen. Auch der amerikanische Vertreter Norman Davis begibt sich im Laufe des heutigen Donnerestag nach Genf. Herriot trifft erst am Sonntag morgen dort ein, da er am Freitag an den Beisetzungs-Feierlichkeiten seiner verstorbenen Tante teilnehmen wird.

Polen und seine Juden.

Eine Aktion des polnischen Botschafters in England.

Die Botschaft Polens in London veröffentlichte kürzlich eine Erklärung über die **Lage der Juden in Polen.** In dieser von der Jüdischen Telegraphen-Agentur wiedergegebenen Erklärung ist die Behauptung enthalten, daß die Juden in Polen sich derselben Rechte wie alle übrigen Bürger des Staates erfreuen und keinerlei Beschränkung ihrer politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Betätigung unterworfen seien; die Beanspruchung noch größerer Rechte würde einer Bevorzugung gleichen, würde zu einem „Staate im Staate" führen und schließlich zur Folge haben, daß Juden aus den anderen Ländern nach Polen strömen würden. Diese Erklärung ist gekleidet in einen Brief, den der polnische Botschafter Graf Skirmunt an einen angeblichen Rabbiner Jeruchim Leiner richtet.

In dem Warschauer jüdischen Blatt **„Nasz Przegląd"** erklärt der jüdische Abgeordnete Rotenstreich: Wenn man die Erklärung der polnischen Botschaft in London liest, wird es klar, warum die polnische Regierung den weiten Umweg über das Ausland nahm. In Polen selbst würde keine Regierung die Kühnheit aufbringen, zu behaupten, daß die Juden hier im Lande so behandelt würden, wie in anderen Ländern ... Man muß das Wagnis besitzen, zu glauben, daß die Juden des Auslandes so beschränkt seien, daß sie die Erklärung der polnischen Botschaft in London ernst nehmen würden. Es sind gewisse Grenzen auch in den Methoden, die Wirklichkeit zu verdunkeln. Der legendenhafte Inhalt der Erklärung, sowie ihr Empfänger, der niemandem näher bekannte Jeruchim Leiner, sie kompromittieren nur den Botschafter Skirmunt. Die Juden Polens wagen dagegen zu behaupten, daß, trotz gegenteiliger Erklärung, von einer ihnen gegenüber wohlwollenden Haltung der polnischen Regierung nicht gesprochen werden kann.

Abgeordneter Dr. O. Thon, Vorsitzender des Jüdischen Klubs im Sejm, führt in demselben Warschauer jüdischen Blatt aus: Soweit man bisher feststellen konnte, handelt es sich bei Jeruchim Leiner um einen **„verkrachten Händler aus Cholm"**, der sich seit **Jahren in London** aufhält und „für irgendwelche örtliche Wohltätigkeitsinstitution bettelnd, sich selbst ernährt". — Abgeordneter Dr. Thon gibt seinem Erstaunen darüber Ausdruck, daß das wegen seines Ehrgefühls allgemein bekannte und auf Wahrung seiner Würde im Auslande so bedachte Polen es für angebracht halte, vermittels einer solchen Persönlichkeit zu dem Weltjudentum zu sprechen. — Eine solche Propaganda — verweist seine Ausführungen abschließend Dr. Thon — ist weder nützlich noch klug (ani zdrowa ani rozumna).

„England kann nicht, Frankreich will nicht zahlen."

Scharfe Auseinandersetzungen um die Kriegsschuldenfrage.

Die schroffe Ablehnung der Verlängerung des Kriegsschuldenmoratoriums durch die amerikanische Regierung hat in den dadurch in Mitleidenschaft gezogenen europäischen Ländern ungeheure Erregung hervorgerufen, allerdings mit einer Ausnahme. Die italienische Regierung fand es für ratsam, ihrer Bereitwilligkeit, die am 15. Dezember fällige Rate zu entrichten, schleunigst Ausdruck zu verleihen. Es fiel ihr um so leichter, als die italienische Rate nur noch 1,2 Millionen Dollar beträgt, während Frankreich 19,3 Millionen Dollar und England beinahe 100 Millionen Dollar zu zahlen hat. Durch das Ausscheiden Italiens wurde die in Amerika befürchtete Schaffung einer einheitlichen Front der europäischen Schuldner im Keime erstickt.

Die Auseinandersetzungen der französischen und englischen Presse liefern ferner den Beweis, daß auch von einer konformen Stellungnahme dieser beiden Länder den USA. gegenüber schwerlich die Rede sein kann. Im Gegenteil, man gewinnt den Eindruck, daß es der Politik der Vereinigten Staaten gelungen ist, zwischen Frankreich und England einen Keil zu treiben. Die Presse des Lord Beaverbook macht aus ihrer Einstellung kein Hehl, indem sie von Tag zu Tag ihr neuestes Schlagwort variiert: „England kann nicht, Frankreich will nicht zahlen!"

Daß Englands Zahlungsschwierigkeiten viel größer sind als die seines ehemaligen Verbündeten auf der anderen Seite des Ärmelkanals, liegt klar auf der Hand. Mit Recht weist die englische Öffentlichkeit darauf hin, daß England, abgesehen von der schmalen Golddecke von 140 Millionen Pfund, die zur Sicherung der Pfundwährung vor einem Sturz ins Uferlose unentbehrlich ist, über keine weiteren Goldreserven verfügt, während die Bank von Frankreich in ihren Tresors beinahe ein Drittel des gesamten Goldbestandes der Welt aufzustapeln vermochte. Es kommt hinzu, daß die Verzinsung der Schuld an Amerika für England äußerst ungünstig getroffen worden war. Während Frankreich den Zinssatz von nur 1,6 Prozent an Amerika zu zahlen hat, beträgt der Zinsfuß der britischen Kriegsverschuldung das Doppelte, und zwar 3,3 Prozent. Ferner wird in England zur Begründung der Unmöglichkeit weiterer Kriegsschuldenzahlungen hervorgehoben, daß die englische Ausfuhr nach Amerika, die noch vor drei Jahren etwa das Doppelte der Kriegsschuldenannuität ausmachte, heute infolge der ungeheuren Schrumpfung des britischen Außenhandels und der gleichzeitigen Entwertung des Pfundes nur noch ein Viertel der jährlichen Zahlungen an Amerika beträgt. Es ist somit ohne weiteres klar, daß England außerstande ist, die Forderungen der USA. durch Warenausfuhr auszugleichen.

Die vom Präsidenten Hoover angedeutete Möglichkeit, die fälligen Raten nicht in Dollars, sondern in der Währung des Schuldnerlandes zu entrichten, würde für England kaum eine Erleichterung bringen. Denn die Überweisung der hohen Summe von 95,5 Millionen Dollar (über 400 Millionen Goldmark) auf ein Sperrkonto würde dem schwerbedrohten Pfundkurs einen weiteren Stoß versetzen, der sich, was vielfach befürchtet wird, zu einem Gnadenstoß auswirken könnte.

All diese Motive scheinen für einen objektiven Beobachter stichhaltig genug zu sein, um auch der amerikanischen Öffentlichkeit und Regierung die Gefahr vor Augen zu führen, die das Beharren Amerikas auf seinem Schein für die wirtschaftliche und finanzielle Lage der europäischen Schuldnerländer, und in erster Linie Englands, heraufbeschwören kann.

Das Gegenteil ist aber der Fall. In einer einmütigen Front gegen Europa scheint Amerika von einem Zahlungsnachlaß nichts wissen zu wollen. Alle europäischen Argumente werden überhört und nur als böswillige Weigerung, den übernommenen Verpflichtungen nachzukommen, ausgelegt. Die amerikanische Presse greift sogar zu anrüchigen Mitteln, um die Lage Englands in schwärzesten Farben auszumalen. Das verbreitete Newyorker illustrierte Blatt „Daily Mirror" brachte vor einigen Tagen ein Bild, das den Sturm der verzweifelten und aufgewiegelten Erwerbslosenmenge auf das königliche Buckingham-Palace in London darstellte. Die in England vorgenommene Prüfung dieser Bildreportage erwies, daß es sich um die begeisterte Huldigung der Bevölkerung Londons handelte, die vor drei Jahren König Georg nach seiner Genesung von der schweren Krankheit dargebracht worden war. Man fragt sich in England mit Staunen, welches Ziel solche Fälschungen verfolgen mögen. Ob es einem gewissen Teil der amerikanischen Presse, die von gerissenen Börsenspekulanten dirigiert wird, tatsächlich darauf ankommt, England in den Abgrund des Bankrotts zu treiben, um auf den Nacken des ruinierten Schuldners die schwere Faust des unerbittlichen amerikanischen Gläubigers zu setzen?

In dieser trostlosen Situation der völligen Unfähigkeit der großen Länder der Welt, zu einer tragbaren Einigung zu gelangen, bleibt noch ein Schimmer der Hoffnung erhalten, daß die Rücksichtslosigkeit der USA. vielleicht nicht so sehr materielle als ideelle Zwecke verfolgt. Die nächsten Tage werden darüber Aufschluß geben, ob die Regierung der USA. gewillt ist, die Kriegsschulden coûte que coûte einzutreiben oder aber diese Forderung nur als Mittel zur Erzwingung der europäischen Abrüstung benutzt.

Englands Appell an Amerika und die Welt.

London, 30. November. (Eigene Drahtmeldung.) Das englische Kabinett befaßte sich am Dienstag abend mit der Kriegsschulden-Frage. Die Erörterung wird am Mittwoch fortgesetzt.

„Daily Telegraph" zufolge könne kein Zweifel darüber bestehen, daß im Falle der Erfüllung der amerikanischen Forderung Maßnahmen zur Beschränkung der Einfuhr von amerikanischen Waren nach England getroffen würden. „Daily Herald" und auch andere **Zeitungen melden,** daß die Regierung bereits entschieden habe, Barren-Gold **im Werte von** 30 Millionen Papier-Pfund nach Amerika zu verschiffen, um damit die Bezahlung im Notfalle am 15. Dezember leisten zu können. Die erste Sendung **im Werte von 3 Millionen** Pfund werde im Laufe des heutigen Mittwochs abgehen. Es sei möglich, daß dann der Notenumlauf um 15 Millionen Pfund auf 290 Millionen erhöht werde.

„Daily Telegraph" zufolge haben in der Besprechung des Kabinetts die Rückwirkungen auf das Lausanner Abkommen eine große Rolle gespielt, die mit außerordentlichem Ernst betrachtet wurde.

Die Note der Englischen Regierung soll eine Art Kundgebung sein, in der England dem amerikanischen Kongreß, dem amerikanischen Volke und der ganzen Welt — wie die „Times" sagt — die dringende Notwendigkeit einer Stundung der Zahlungen darlegt und im Lichte der augenblicklichen Wirtschaftsentwicklung erörtert.

Englands Ziele in der Flotten-Abrüstung.

10 000 Tonnen-Schiffe als Schlachtschiffe völlig unbrauchbar ... und Deutschland?

London, 1. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Im weiteren Verlauf der Unterhaus-Aussprache über die Seeabrüstung ging der erste Lord der Admiralität auf die Anregungen ein, die Linienschiffe durch Schiffe von 10 000 To. zu ersetzen. Die englische Admiralität sei aus technischen Gründen der Ansicht, daß ein 10 000 Tonnen-Schiff vollkommen unfähig sei, die Aufgabe eines Schlachtschiffes zu erfüllen. Das sei auch im übrigen die Ansicht von 99 vom Hundert aller Seeoffiziere. Wenn England zum 10 000 To.-Schiff übergehen würde, müßte es für seine Zwecke so viele davon bauen, daß sich eher eine Kostenerhöhung als eine Verminderung ergeben würde.

England versuche, die Schlachtschiff-Tonnage auf 22 000 Tonnen herabzusetzen.

Weiter wolle es die 10 000 Tonnen-Kreuzer und die Unterseeboote abschaffen. Wenn die Abschaffung der Unterseeboote durchgesetzt werde, sei England bereit, die Zahl der Zerstörer zu vermindern, vorausgesetzt, daß die anderen Staaten sich diesem Schritt anschlössen. England wünsche eine Herabsetzung der Kreuzer-Tonnage auf 7000. Einen solchen Kreuzer kann niemand mehr eine Angriffswaffe nennen. Die Englische Regierung habe dabei den Schiffstyp im Auge, der Deutschland im Versailler Vertrag erlaubt wurde.

Der konservative Abgeordnete Carsden sagte, daß Deutschland einen äußerst gefährlichen Schiffstyp entwickle, der alle Berechnungen der Schlachtschiff-Konstrukteure in der ganzen Welt über den Haufen werfen werde. England habe nur drei Schiffe, die sie in Schach halten könnten. Auch andere Abgeordnete wiesen auf die „Gefahr" der neuen deutschen Schiffstypen oder auf ihre Vorbildlichkeit für den Kriegsschiffbau hin.

Der ehemalige Kolonialminister Amery sagte, es sei nicht zu rechtfertigen, **daß England durch den Versailler Vertrag gezwungen werden solle, qualitativ oder quantitativ auf den deutschen Stand abzurüsten.** Die Folge würde nur Wiederaufnahme der militärischen Aktivität Deutschlands sein, um die verlorenen Gebiete wieder zurückzuerobern. Ein Arbeiter-Abgeordneter machte den merkwürdigen Vorschlag, die englische, die deutsche und die französische Flotte sollten ein gemeinsames Manöver abhalten, um die gegenseitige Freundschaft zu erhöhen und Mißverständnisse zu beseitigen.

Republik Polen.

Minister Beck wieder in Warschau.

Am Mittwoch nachmittag ist der polnische Außenminister Beck aus Genf wieder in Warschau eingetroffen. Auf dem Bahnhof wurde er von dem polnischen Botschafter in Rom, Minister Stefan Przeździecki, und mehreren höheren Beamten des Außenministeriums empfangen.

Protest der polnisch-katholischen Bischöfe.

Auf der Jahreskonferenz der katholischen Bischöfe Polens in Warschau wurde auch eine Reihe politischer Zeitfragen erörtert. Es wurde u. a. festgestellt, daß die katholische Kirche auf politische Schwierigkeiten stoße. Letztere seien vor allen Dingen auf gewisse Gesetzgebungsmaßnahmen der Regierung zurückzuführen. Als Beispiel wurde in dem Bericht des Episkopats das beabsichtigte Ehereformgesetz erwähnt, das in seiner weitgehenden Liberalität die Grundlagen des Ehesakraments aufs Äußerste bedrohe. Das neue Vereinsgesetz enthalte gewisse Gefahrenmomente für das katholische Vereinsleben.

Kleine Rundschau.

Bau amerikanischer Riesenflugzeuge für den Ozeanverkehr.

Newyork, 1. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Die Pan-American-Airways gaben den Bau von sechs Ganz-Metall-Riesenflugzeugen in Auftrag. Die Flugzeuge, die je 50 Fluggäste fassen und eine Stundengeschwindigkeit von mindestens 200 Kilometer haben sollen, sind für den Transatlantik- und Transpazifik-Verkehr bestimmt. Die Konstruktionspläne werden streng geheim gehalten.

Erdbeben in Chile.

Newyork, 30. November. (Eigene Drahtmeldung.) Chile ist von einem schweren Erdbeben heimgesucht worden. Die Erdstöße wurden auch in Santiago verspürt. Nähere Einzelheiten über die Ausmaße der Katastrophe stehen noch aus.

Ein Bernhardiner-Hospiz in Tibet.

Martigny (Kanton Wallis), 29. November. Jetzt ist die endgültige Entscheidung gefallen, daß die Mönche vom Hospiz des Großen St. Bernhard auf einem das ganze Jahr passierbaren über 4000 Meter hohen Paß in Tibet ein Hospiz errichten werden. Mitte Januar reisen zu diesem Zweck zwei Domherren und ein Pater nach Tibet ab.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 1. Dezember 1932.

Krakau — 2,93, Zawichost + 0,83, Warschau + 0,82, Plock + —, Thorn + 0,56, Fordon + 0,58, Culm + 0,45, Graudenz + 0,63, Kurzebrak + 0,87, Piekel + 0,10, Dirschau — 0,05, Einlage + 2,18, Schiewenhorst + 2,38.

Wacht auf!

Es ist ein Kirchlein zwischen Felsenbogen
So tief versteckt: wie in den alten Sagen
Hat nächtens drin die Glocke angeschlagen,
Weiß keiner, wer die Glocken hat gezogen.

Erwache, Steuermann! Hoch gehn die Wogen;
Ihr Hirten auf, die Herden nach euch fragen.
Ihr Wächter sollt an Schloß und Hütten schlagen,
Wacht auf, wacht auf, bevor der Klang verflogen!

Denn Heerschau halten will in unsern Gauen
Der Herr und zählen, die ihm treu geblieben,
Eh' er den Engel mit dem Schwerte sendet.

Schon bricht's so dunkelrot durchs Morgengrauen,
Ob's Blut bedeutet oder feur'ges Lieben,
Es steht in Gottes Hand, die niemand wendet.

Joseph von Eichendorff.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 1. Dezember.

Leichte Nachtfröste.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet vorübergehend beständiges Wetter mit leichten Nachtfrösten an.

Warme Sachen für die Winterhilfe.

Jede ordentliche Hausfrau hat in diesen Wochen die Wintersachen für sich und ihre Familie durchgesehen, ausgebessert und das Fehlende ergänzt. Dabei hot sich meistens herausgestellt, daß die Familie eigentlich recht reichlich versehen ist mit Mänteln und Mützen, mit Schals und Tüchern, warmer Wäsche und Strümpfen, Schuhen und Überschuhen. Ja, manches wird man wahrscheinlich gar nicht brauchen oder will es aus irgend einem Grunde nicht mehr tragen. Schade darum, es in den Lumpensack zu werfen. Es sind ja noch keine wertlosen Sachen, sondern es läß sich allerlei damit anfangen. Ein guter Abnehmer ist z .B. die Winterhilfe. Sie braucht so viel für die Schulkinder, die noch immer in ihren dünnen Kleidchen und ohne Unterzeug herumlaufen, denen Handschuhe ein unerhörter Luxus bedeuten und deren Vater das Geld zu ein Paar Sohlen nicht übrig hat, weil er nichts verdient. Ebenso wie die Kinder frieren auch die Erwachsenen, die aus dem Husten, dem Schnupfen, den Brustschmerzen und dem Rheumatismus gar nicht herauskommen. Bei solch körperlichem Elend weiß man nicht viel von weihnachtlicher und adventlicher Stimmung. Die Stube kann nicht geheizt werden, nur im Küchenofen quält sich ein kleines Feuer, das bißchen Essen gar zu kochen. Welch Glück würden in solchen Häusern eine warme Strickjacke, ein Paar feste Schuhe, eine Winterjoppe für den Schuljungen und vieles andere bereiten. Der Geber selbst aber macht sich eine Vorweihnachtsfreude damit, wie sie schöner nicht sein kann.

Eine Weihnachtsfreude, die nichts kostet, speziell gedacht für die Kinder der Arbeits- und Erwerbslosen, ließe sich ebenfalls leicht ermöglichen. Wir denken da an die in den Haushaltungen herumliegenden Spielsachen aller Art, die nicht mehr benutzt werden, weil die ehemaligen glücklichen Besitzer entweder ihrer überdrüssig geworden oder ihnen „entwachsen" sind. Wohl auf jedem Hausboden, in jeder „Rumpelkammer" liegen da und dort die ausgedienten Hampelmänner, Trompeten, Pferde und Wägelchen, Puppen und andere Spielsachen, die, wenn auch ihr ehemaliger Glanz und Schimmer schon etwas sehr verblichen, doch das Herz eines armen Kindes, dem sonst keine Weihnachsfreude beschert sein würde, noch in Entzücken versetzen können. Auch die Spender würden sich mit diesem kleinen Opfer, das vielleicht für sie nicht einmal ein solches ist, eine schöne Genugtuung bereiten, wenn sie sehen, welcher Segen damit geschaffen wird.

§ **Die Zahl der Arbeitslosen** betrug am 26. November auf dem Gebiet des ganzen Staates auf Grund der Angaben des staatlichen Arbeitsvermittlungs-Amtes 167 360, was ein Anwachsen im Verhältnis zur Vorwoche um 6693 bedeutet.

§ **Neue 5-Złoty-Stücke werden in der nächsten Zeit** in Umlauf gesetzt werden. Die neuen Münzen haben das gleiche Aussehen wie die 10- und 2-Złoty-Münzen. Der Rand weist Einkerbungen auf. Das Gewicht der neuen 5-Złoty-Münzen beträgt 11 Gramm, der Durchmesser 28 Millimeter.

§ **Verkehrsunfall.** Auf der Danzigerstraße fuhr das Lastauto PZ 48 671, gesteuert von Leon Mączkowski, wohnhaft Adolf-Kolwitz-Straße 25, mit der Autodroschke PZ 43 144 zusammen, wobei beide Kraftwagen beschädigt wurden. Personen kamen glücklicherweise nicht zu Schaden.

§ **Wegen Meineides** hatte sich der 36jährige Landwirt Wojciech Winiecki aus Brzostowo, der sich zurzeit wegen Diebstahls im hiesigen Gefängnis befindet, vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. Der Angeklagte sagte am 25. 9. 1930 vor dem Kreisgericht in Wirsitz als Zeuge unter Eid aus, daß er keinen Wechsel auf die Summe von 250 Złoty, datiert vom 25. 5. 30, unterschrieben habe. Wie es sich später herausstellte, beruhten seine Angaben nicht auf Wahrheit. W., der sich nicht zur Schuld bekennt, simuliert den Geistesgestörten und will sich auf nichts besinnen. Der Verteidiger stellt den Antrag, den Angeklagten durch den Sachverständigen Dr. Kawczyński, der im Gerichtssaal anwesend ist, auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Dem Antrag wurde stattgegeben und Dr. K. stellte fest, daß W. ein Simulant wäre. Der Sachverständige Prof. Friebe, der die Unterschrift des Wechsels mit der des Angeklagten vergleicht, sagt aus, daß die Unterschrift auf dem Wechsel die des W. sei. Nach Schluß der Beweisaufnahme beantragt der Staatsanwalt 2 Jahre Gefängnis. Das Urteil lautet auf 1 Jahr Gefängnis, wovon 6 Monate unter die Amnestie fallen, und 5 **Jahre Ehrverlust.** ‡

§ **Verunglückt** ist in der Turnhalle des Kopernikus-Gymnasiums der 15jährige Gymnasiast Siegmund Maradziński, Brahegasse (Przyrzecze) 3. Er soll von einem Turngerät heruntergefallen sein und dabei eine Verletzung des Oberschenkels erlitten haben, so daß er mit Hilfe des Rettungswagens in das Städtische Krankenhaus geschafft werden mußte.

§ **Ungetreuer Gemeindevorsteher.** Vor einiger Zeit wurde der Gemeindevorsteher Andrzej Górski aus Wierzchucin festgenommen unter dem Verdacht der Veruntreuung von Staatsgeldern. Im Verlaufe der Untersuchung hat G. jetzt gestanden, 14 000 Złoty veruntreut zu haben. Die Summe soll sich aus Steuern, Abgaben und ihm von der vorgesetzten Behörde anvertrauten Beträgen zusammensetzen.

§ **Wer ist der Besitzer?** Der Portier Jan Bąk, Hoffmannstraße (Piotra Skargi) 14, fand einen Koffer mit Wäsche, der wahrscheinlich durch Diebe fortgeworfen worden ist. Der Koffer befindet sich im 1. Polizei-Kommissariat, Wilhelmstraße (Jagiellońska) 5, wo er von dem rechtmäßigen Eigentümer abgeholt werden kann.

§ **Allerlei Einbrüche und Diebstähle.** In das Kino „Nowości" drangen Einbrecher ein und stahlen zum Schaden des Büfettiers Josef Witek, Bahnhofstraße 53, verschiedene Zuckerwaren und Schokoladen von noch nicht festgestelltem Wert. — Stefan Klatkowski meldete der Polizei, daß ihm aus einem hiesigen Bureau ein Mantel gestohlen wurde. — Der Frau Rosalie Skórczewska, Pfarrstraße (Jezuicka) 14, wurden zwei wattierte Steppdecken gestohlen. — Aus der Wohnung von Edmund Szymański, Danziger Straße 46, stahlen Einbrecher eine größere Anzahl Wäschestücke und einen Wecker. — Die Frau Katharina Jankowska, Neuhöferstraße (Nowodworska) 39, meldete der Polizei, daß unbekannte Täter aus ihrem Laden Kaffee, Schokoladen, Bonbons, Zigaretten und andere Gegenstände gestohlen haben. — Aus der Wohnung des Hausbesitzers Piotr Godek, Bahnhofstraße 2, wurden zum Schaden des Dienstmädchens Johanna Kowalkowska Garderobenstücke entwendet. — Richard Grosenik, Kujawierstraße 3, stahlen unbekannte Täter Schmucksachen und andere Gegenstände.

§ **Festgenommen** wurden im Laufe des gestrigen Tages zwei Personen wegen Diebstahls, 24 wegen Übertretung sittenpolizeilicher Vorschriften und eine Person wegen Trunkenheit.

*

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Aufgebotsverfahren.

In der Aufrufungssache zwecks Nichtigkeitserklärung eines Dokumentes hat das Burggericht (Sąd Grodzki) in Bromberg folgendes Aufgebot beschlossen.

Die Stadtgemeinde Bromberg, vertreten durch den Magistrat, der sich durch den Rechtsanwalt Spikowski vertreten läßt, hat das Aufgebot des verloren gegangenen Zessionsdokumentes beantragt bezüglich der Hypotheken, die im Grundbuch des Grundstückes Bromberg, Band 27, Karte 998, in Abteilung III unter Nr. 9 — 10 — 11 — 12 — 13 für diese Gemeinde eingetragen sind. Der Besitzer obigen Dokumentes wird aufgefordert, spätestens im Aufrufungstermin, der für den 25. VII. 1933 um 12 Uhr festgesetzt worden ist, seine Rechte geltend zu machen und das Dokument im vorgeschriebenen Gericht, Zimmer 13, vorzulegen, andernfalls das Dokument seiner Rechtskraft für verlustig erklärt wird, und zwar gemäß § 108 des B.-G.-B.

(Es muß verwundern, daß der Magistrat nicht den Namen angibt, auf den das Zessions-Dokument lautete. Das würde die Feststellung bedeutend erleichtern. — Die Schriftl.)

ex. **Exin** (Kcynia), 30. November. Der 18jährige Sohn des Arbeiters Kant von hier, der für einen Reisenden die Koffer zur Bahn trug, wurde, als er am Hause des Bäckermeisters P. in der Bahnhofstraße vorbeikam, von Burschen in seinem Alter überfallen und derart mit Messern bearbeitet, daß ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. Es soll ein Racheakt vorliegen.

q **Gnesen** (Gniezno), 30. November. Gestohlen wurden dem Arbeiter Kowalski in Rosa bei Gnesen 8 Enten, 10 Hühner und eine Waschwanne. Die benachrichtigte Polizei fand in demselben Dorfe die Waschwanne und verhaftete Verdächtige, jedoch wollen die Festgenommenen nichts gestehen. — Feuer brach bei dem Besitzer Ruchalski in Swiątniki aus. Ein Raub der Flammen wurden Stall und Scheune mit der ganzen Ernte und landwirtschaftlichen Maschinen. — Das Fahrrad gestohlen wurde von der Straße dem Herrn Radschaidt in Wylatowo. Der Täter wurde gefaßt. — Bestohlen wurde der Kaufmann Łuzak in Tremessen. Diebe erbrachen eine seitliche Tür zum Geschäft und entwendeten größere Mengen Zigaretten, Zigarren, Tabak, Schokolade, Bonbons, Seife und Kaffee. Der Schaden beträgt 800 Złoty.

b **Goldfeld** (Trzeciewiec), Kr. Bromberg, 29. November. Diebe gelangten in den Stall des Besitzers Pankratz und entwendeten über vierzig Hühner und eine Anzahl Tauben. Leider entkamen die Diebe unerkannt.

ż **Inowrocław**, 30. November. Abermals ist es unserer Polizei gelungen, einer gefährlichen Diebesbande auf die Spur zu kommen, die unter dem Anführer Stanislaw Janiak aus Szymborze bei Inowrocław stand. Dieser sowie seine Gehilfen Felecjan Orgorlewicz, Hieronym Borowicz, Franciszek Koczorowski und Stanislaw Olczak aus Inowrocław, Franciszek Bednarek aus Montwy und Juljan Timm aus Szymborze wurden festgenommen und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Eine ganze Reihe von Diebstählen zum Schaden der Staatsbahn, ferner Geflügel-, Getreidediebstähle usw. kommen auf das Konto dieser Bande.

* **Lissa** (Leszno), 1. Dezember. Gestern vormittag nahm sich der Hauptmann Izdebski das Leben. Der Grund zur Tat ist unbekannt.

es **Mrotschen** (Mrocza), 29. November. Bei dem Besitzer Albert Schulz (Mrocza-Abbau) wurden 15 Hühner und 7 fette Gänse gestohlen, bei dem Bäcker M. Deja aus dem Laden, wohin die Diebe mittels Dietrichen gelangt waren, einige Brote und Backwaren, sowie Konfekte. Von den Dieben fehlt jede Spur. — Zahlreiche Arbeitslose haben im Mrotschener Staatsforst Arbeit beim Holzfällen und Stubbenroden gefunden.

ꝏ **Posen** (Poznań), 30. November. Mit dem heutigen Tage ist der Preis für ein Dreipfund-Roggenbrot von 48 auf 45 Groschen herabgesetzt worden. — Wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten hat gestern der Inhaber eines Elektrotechnischen Geschäfts, der 56jährige Ingenieur Bronisław Waligórski, in seiner Wohnung fr. Ritterstraße 11a Selbstmord durch Erhängen verübt. — **Bei seinem Transport zum hiesigen Polizeigefängnis unternahm ein bekannter Verbrecher namens Piotr Zawadzki** einen Fluchtversuch. Da er auf den Anruf des ihn begleitenden Polizeibeamten Edmund Kręglewski aus Schwersenz nicht stehen blieb, gab dieser aus seinem Karabiner einen Schuß ab, der ihn am Kopfe tödlich verletzte. — Im Hause fr. Hardenbergstraße 12 wurde gestern abend ein kleiner Knabe vor Hunger völlig erschöpft aufgefunden. Als er den Arzt der ärztlichen Bereitschaft, die gerufen worde nwar, auf ihn zukommen sah, versuchte er zu flüchten, wurde aber bald eingeholt und dem Kinderheim im Stadtkrankenhause zugeführt. Der Knabe war von den Eltern zum Betteln ausgeschickt worden und dabei kraftlos zusammengebrochen. — Felix Szałata legte sich nach Verbüßung einer Gefängnisstrafe wegen mehrerer Diebstähle sofort wieder auf sein liebgewordenes Gewerbe und stahl aus dem Ignatz Trawickischen Kolonialwarengeschäft in der fr. Blücherstraße 90 Złoty bares Geld und einen Sack Zucker. Die Strafkammer verurteilte ihn wegen Rückfallsdiebstahls zu einem Jahr Gefängnis.

k **Sadke** (Sadki), Kreis Wirsitz, 30. November. In der letzten Nacht wurden durch Einbruch in die Motormühle in Paulichno, Kreis Wirsitz. zwei Fahrräder und Mehl von unbekannten Dieben gestohlen. — Dem Besitzer Krummrey in Josephkowo, Kreis Schubin, wurde in der Nacht durch Einbruch in den Stall ein Schwein gestohlen. — Dem Einwohner des Besitzers Krüger in Neudorf Mühle sind nachts zwei Gänse und zwei Enten gestohlen worden. — Sodann wurde durch Einbruch in den Stall des Besitzers Werk in Michalinki. Kreis Schubin, ein schweres Schwein abgeschlachtet und gestohlen. — Ferner dem Besitzer Prinz in Iwno, Kreis Schubin, gleichfalls durchk Einbruch von unbekannten Dieben in dem Stalle ein schweres Schwein abgeschlachtet und das Fleisch mitgenommen.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

Warschau, 1. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Bei einem Überfall auf ein Postamt bei Lemberg wurden zwei Banditen erschossen, drei Postangestellte und vier Privatpersonen verletzt.

Freie Stadt Danzig.

* **Ein ungetreuer Postbeamter.** Bei dem Postamt in Oliva ist man jetzt durch einen Zufall größeren Unterschlagungen eines Postbeamten auf die Spur gekommen. Der Postassistent Hans Lobdowski hat Invalidenmarken im Werte von 1316 Gulden veruntreut und deren Erlös zur Deckung anderer Unterschlagungen verwandt. Bei einer Revision wurden diese Manipulationen aufgedeckt und L. wurde verhaftet. Der Täter ist geständig und wurde dem Polizeigefängnis zugeführt. †

* **Von einem Pferd schwer verletzt.** Am Montag gegen 16½ Uhr hielt der 27 Jahre alte Kutscher Artur Potruske aus Brodsack (Kreis Gr. Werder) mit seinem vierspännigen Gespann auf Kneipab, unweit des Werder Tors. Da sich die Leine zwischen den Hinterfüßen der Vorderpferde verschlungen hatte, wollte P. sie freimachen. Das linke Vorderpferd schlug aus und versetzte P. einen Schlag gegen Brust und Kinn. Der Unglückliche stürzte unter das rechte Pferd, das ebenfalls scheute und ihm noch auf die linke Hand trat. Der Schwerverletzte wurde von seinem Begleiter und mehreren Passanten zu einem Arzt auf Langgarten gebracht, der einen Unterkieferbruch sowie schwere Quetschungen des kleinen und Ringfingers der linken Hand feststellte. Da P. auch über starke Schmerzen in der Brust klagte, ordnete der Arzt an, daß sich P. in ein Krankenhaus begab. †

* **Ein schwerer Unglücksfall hat sich Mittwoch früh gegen 9 Uhr in Zoppot ereignet. Ein 17jähriges Hausmädchen war damit beschäftigt, einen Vogelbauer als Futterkasten für hungernde Vögel an der Außenwand des Hauses Karlstraße 2 aufzuhängen, als sie plötzlich den Halt verlor und aus dem zweiten Stock auf die Straße stürzte. Sie blieb mit schweren Verletzungen liegen. Mit einem Unfallwagen wurde sie in das Städt. Krankenhaus gebracht.** †

* **Ein folgenschwerer Verkehrsunfall.** Mittwoch vormittag gegen 9 Uhr wurde in der Hundegasse die Verkäuferin Ella Siemund, Sandgrube, von einem Radfahrer angefahren, zu Boden geworfen und so schwer verletzt, daß sie mit einer schweren Gehirnerschütterung und zahlreichen Gesichtsverletzungen besinnungslos mit dem Unfallwagen der Feuerwehr in das Städt. Krankenhaus gebracht werden mußte. Nach Angaben des Radfahrers ist die Frau direkt vor das Rad gelaufen. Er habe sein Rad nach links gerissen und die Frau beiseite gestoßen, um sie nicht in voller Fahrt anzufahren. Dabei sei die Frau unglücklicherweise zu Fall gekommen. ‡

Kleine Rundschau.

Für 30 000 Mark Juwelen gestohlen.

Der Leipziger Juwelier Otto Steinmetz, der des Weihnachtsgeschäfts wegen sich in Berlin aufhält, ist einem raffinierten Diebstahl zum Opfer gefallen. Er war am Dienstag abend in einem Hotel in der Krausenstraße abgestiegen und hatte für kurze Zeit seinen Wagen, der sechs Koffer mit Juwelen enthielt, in der bewachten Toreinfahrt, die als Garage dient, untergestellt. Nachdem er in seinem Zimmer Hut und Mantel abgelegt hatte, wollte er, gemeinsam mit einem Pagen, die Koffer aus dem Auto ins Zimmer tragen. Zu seinem Schrecken mußte er feststellen, daß in der kurzen Zeit, in der er sich im Zimmer aufgehalten hatte, Diebe die Tür des Autos erbrochen und drei der Koffer herausgenommen hatten. Sie enthielten Brillantringe, goldene Armbänder, Zigarettenetuis und anderes im Werte von etwa 30 000 Mark. Die Täter müssen den Juwelier, der am Dienstag nachmittag schon eine Reihe von Kunden besucht hatte, beobachtet und eine günstige Gelegenheit zum Raube abgewartet haben.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund" Nr. 277

Am 29. November d. Jahres verstarb nach langem schweren Leiden unser langjähriger

Geschäftsführer Herr

Emil Laborius.

Seiner unermüdlichen Schaffenskraft, seinem umfassendsten Verständnis und nicht zuletzt seinen organisatorischen Fähigkeiten ist es zu verdanken, daß die Ein- und Verkaufsgenossenschaft sich zu ihrer heutigen Größe entwickeln konnte.

Seine hervorragenden Charaktereigenschaften, sein praktisches Wissen und uneigennütziges Urteil brachten es mit sich, daß er vielen ein ständiger Berater und Freund wurde.

Mit der Genossenschaft Nakło wird der Name unseres vorbildlichen Geschäftsführers stets verbunden sein. 9451

Für die Mitglieder der Ein- und Verkaufsgenossenschaft Nakło
Der Vorstand und Aufsichtsrat.

Der Tod entriß uns nach schwerem Leiden unsern lieben hochverehrten Chef

Herrn

Emil Laborius

Er war unser Führer und Vorbild
und werden wir immer seiner in dankbarer Treue gedenken!

Die Angestellten der Landw. Ein- u. Verkaufsgenossenschaft Nakło
Zentrale Nakło, Filiale Białośliwie
Filiale Runowo und Mühle Carlsbach 9450

Nach langem schweren Leiden verschied unser hochverehrter, für uns immer sorgender Chef

Herr

Emil Laborius

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Die Arbeiter der
Landw. Ein- u. Verkaufs-Genossenschaft Nakło
Zentrale Nakło Filiale Białośliwie
Filiale Runowo und Mühle Carlsbach. 9449

Die Beerdigung des 9467

Herrn Laborius

findet nicht um 3 Uhr von der Leichenhalle des evgl. Friedhofes, **sondern Sonnabend, den 3. 12., um 2 Uhr, von der evgl. Kirche** in Nakło aus statt.

Die Beerdigung meiner lieben, im 92. Lebensjahr verstorbenen Mutter

Marie Suschke

geb. Eberle

findet Freitag, den 2. 12. 32, nachm. 3 Uhr, von der Kapelle des alten kath. Friedhofs aus statt

Anna Suschke

Bydgoszcz, Kanalowa 8 4441

Die Ehe wollen miteinander eingehen:
1. der Bäckermeister **Walter Emil Paul Schröder**, wohnhaft in Schneidemühl, Brauerstraße 95,
2. die **Erika Martha Kauß**, ohne Beruf, wohnhaft in Berlin-Karlshorst, Junker-Jörg-Straße 2, vorher in Kakulin in Polen. 9461

Schneidemühl, am 28. November 1932.
Der Standesbeamte.

Unterricht

in **Buchführung Stenographie Jahresabschlüsse** auch brieflich. 9011
Bücher-Revisor
G. Borreau
Marszałka Focha 10.

Rasiermesser u. Scheren

werden **sachmännisch geschliffen** bei 8598
Fr. Wilke, Gdańska 22. Tel. 73.

Für

Weihnachtsarbeiten:

Laubsäge-Vorlagen
Puppenstuben-Tapeten
Dachziegel-Papier
Modellierbogen
Glanzpapier
Buntpapier
Glashaut 9169
Tannenpapier
Kleberollen
Gummi-Arabicum
Pelikanol
Seplikon (Fischleim)
Pappen in allen Stärken

A. Dittmann T. z o. p.
Bydgoszcz
Tel. 61 — Marsz. Focha 6

Treffe ins Zentrum . . .



Waffe ohne poliz. Genehmigung! Browning, 6 mm schießt mit Metallgeschossen. Patent Nr. 2295. Nickelschaft mit schwarzer Eboniteinfassung, wie Zeichnung für zł 9.50 (zam. 60 m. autom. 8-Schuß zł 22 mit elegantem Futeral versenden wir auf briefliche Bestellung geg. Postnachnahme. — 100 Messingkugeln zł 3.85. Adr. Fabr. broń. **R. Golde, Warszawa,** Leszno 60 D. K. 9329

Bemerkung: Unsere Brownings eignen sich. Dank einer besonderen Spezial-Vorrichtung, auch **zum** Abschuß von Vögeln mit Schrot.

Die Geburt eines gesunden Mädels Nr. 6 zeigt in dankbarer Freude an

Herbert Wendorff-Zechau
Gertrud Wendorff geb. Blau.

Zdziechowo, den 29. November 1932. 9466

Geigen-, Klavier-, Stenographieunterricht erteile gründl. u. bill. **Garbary 19, W. 2.** 4405

Dankſagung

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die schönen Kranzspenden beim Hinscheiden meines geliebten Mannes, sowie die trostreichen Worte des Herrn Pfarrer Freese, sage ich im Namen aller Hinterbliebenen

herzlichsten Dank!

4446 **Margarete Stahlke**

Bartlewo, den 1. Dezember 1932

Pflanzt Obstbäume!
Frucht- u. Beerensträucher!
Größte Auswahl sämtlicher Baumschulartikel in vielen allerbesten Sorten.
Jul. Ross,
Gartenbaubetrieb
ul. Grunwaldzka 20.
Tel. 48. 9417

Ich danke allen für die herzliche Teilnahme, die mir beim Heimgang meiner lieben Schwester **Klara** zuteil geworden ist, besonders dem Herrn Pfarrer Heymann für seine trostreichen Worte am Grabe

Wanda Grzeszkiewicz
4439 **geb. Jesionowska**

Handarbeitsunterricht

wird billig erteilt 9474
Pomorska 21, Wohn. 3.

Bin nach **Bydgoszcz** zurückgekehrt und habe mich als

prakt. Tierarzt

niedergelassen. 4436

Dr. med. vet. Heinrich
Senatorska 31. Tel. 1710.

Gebe sofort ab

ca. 150 cbm³ unbesäumte ³/₄" und ⁴/₄"

Bretter.

W. Ninke
Sępólno (Pom). 9261

Der Wirtschaftsverband Städt. Berufe

veranstaltet am 5., 6. **und 7. Dezember** 1932 in seinen Räumen Bydgoszcz, Marcinkowskiego11, unter Leitung von **Herrn Schnelle**-Danzig, einen unentgeltlichen Kursus der

„Definitiv"-Durchschreibe-Buchhaltung

für die Buchhalter und Buchhalterinnen der Verbandsmitglieder.
Der Kursus findet in 2 Lehrgängen statt und zwar von 17—19 und von 19—21 Uhr.

Anmeldungen unter Angabe des Lehrganges nur **von den Firmen selbst** bis 3. Dezember 1932 erbeten an
9468 **Wirtschaftsverband Städt. Berufe**

Pelze

kauft man nur bei **reicher Auswahl** und eine solche **große Auswahl** bietet sich Ihnen bei der Firma

J. Rapaport i Syn

WARSZAWA

Filiale Bydgoszcz

Dworcowa 33. Telefon 21-13.

Wir bitten unsere reiche **Schaufenster-Ausstellung** und **niedrigen Preise** zu beachten. 9415

Ich gebe hiermit bekannt,
daß ich **Ks. Skorupki 35** am 1. 12. 1932 eine

Schmiede für Hufbeschlag

Wagenbau, Maschinenreparatur
und **Bauartikel** eröffnet habe.
Ich bitte, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen und zeichne Achtungsvoll

4430 **B. FRANK,** Schmiede-Ehrenmeister.



Deutsche Bühne

Bydgoszcz T. z.
Freitag, 2. Dezember abends 8 Uhr:
Aus Anlaß des 70 ten Geburtstages Meyer-Foersters

Alt-Heidelberg

Schauspiel in 5 Aufzügen **von Wilhelm Meyer-Foerster.**

Den Abonnenten bleiben ihre Plätze bis einschließlich Donnerstag reserviert.

Sonntag, 4. Dezbr. 32, nachm. 4 Uhr
zu Schauspielpreisen auf vielseitigen Wunsch zum unwiderruflich letzten Male:

Zar und Zimmermann.

Kom. Oper v. Lortzing.
Wegen Erkrankung des Herrn Bruno Lenkeit
van Bett . . . . Walther Schnura

Eintrittskarten wie üblich.

NB. **Zu dieser Aufführung haben ausnahmsweise die Blockkarten A (gelb) Gültigkeit.** 9473
Die Leitung.

Heirat

Welch edeldenkend. Herr würde einsamem Mädchen ein **Eigen-Heim** bieten? Ausst. u. 1000 zł vorh. Witwer mit Kind angenehm, im Alt. bis 40 J. Off. unt. Nr. 9456 a. d. Geschäftsst. **A. Kriedte, Grudziądz.**

Einheiratung wird **älterer Witwe** mit Vermögen in ein Bäckereigeschäft geboten. Off. an **Fr. Kowalski, Działdowo** (Soldau), Bielnik 4. 9431

Landwirt, 26 Jahre alt, der eine schuldenfreie erstklassige Wirtschaft mit 120 Morg. Weizenbod. übern., sucht passende **Lebensgefährtin** mit entsprech. Vermög. Selbiger wäre a. nicht abgeneigt, in größere Wirtschaft einzuheirat. Zuschriften mit Bild, welches zurückgeſ. wird, unter **T. 9404** an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Wohnungen

2-Zimmerwohnung mit Zubehör ul. **Senatorska sofort zu vermiet.** Renovierung ist z. erst. Off. u. **P. 4444.** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

2-Zimmerwhg. zu verm. Jahresmiete i. voraus. 4437 **Kujawska 148.**

2 Büroräume i. Zentrum ab Januar z. verm. **Dworcowa 7,** m. 6. 4442

Büro mit Telefon billig **zu vermieten** **Böhlke,** M. Focha 20.

Möbl. Zimmer

2 **möbl. Zimmer,** auch einz. an Ehep. oder an Herr. z. verm **Marcinkowskiego 3,** Wg. 10. 4420

Möbl. Zimm. an bess. Herrn zu vermiet. 4427 **Müller,** Gdańska 31.

Jg. Mädchen als Mitbewohner gesucht 4418 **Pomorska 3, Wohn. 4.**

Pommerellen.

1. Dezember.

Graudenz (Grudziądz).

Der deutsche Frauenverein für Armen- und Krankenpflege

hielt am Montag nachmittag von 5 Uhr ab im Gemeindehause seine Jahresversammlung ab. Der erste Schriftführer erstattete den Jahresbericht. Danach beträgt die Mitgliederzahl 108 (gegen 126 im Vorjahre). In der Berichtszeit fanden sechs Vorstandssitzungen statt. Zwecks Aufbesserung der Finanzen wurden im Sommer 1931 eine Dampferfahrt und eine behördlich genehmigte Haussammlung veranstaltet. Bei der Weihnachtsfeier 1931 konnte der Verein 85 Knaben, 77 Mädchen und 20 Bedürftige bescheren. Die Vorstandsmitglieder wirkten mit bei der Winterhilfe für Arbeitslose. Das Walderholungsheim vermochte im letzten Sommer 37 Mädchen und 35 Knaben je vier Wochen Waldaufenthalt zu gewähren. Die Durchschnittsgewichtszunahme betrug 7—8 Pfund; die Höchstgewichtszunahme war bei den Mädchen 11, bei den Knaben 14 Pfund. Die Diakonissenstation konnte weiter erhalten werden. Der Bericht über diese Station umfaßt die Zeit vom 1. 4. 31 bis 1.4. 32. Von den beiden Schwestern wurden insgesamt 3407 Krankenbesuche gemacht und 24 Nachtwachen gehalten. Den Kranken wurden Arznei und Verbandstoffe sowie Stärkungsmittel verabfolgt.

Der Versammlung wurde laut Vorstandsbeschluß vom 15. 11. 32 mitgeteilt, daß Frau Fabrikbesitzer Valerie Domke mit Rücksicht auf ihre 44jährige Zugehörigkeit zum Verein und ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglied seit dem 12. 4. 20 zum Ehrenmitglied ernannt worden sei. Die Versammlung stimmte dem Beschluß zu.

Es folgte die Erstattung des Kassenberichts. Kassenbelege und Kasse sind geprüft und für richtig befunden worden, so daß dem Kassierer Entlastung erteilt und für seine Mühewaltung Dank ausgesprochen wurde.

Bei der Vorstandswahl erfolgte die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes; an Stelle von Frau Valerie Domke wurde Studienrätin Fräulein Vally Hertzer gewählt.

Kenntnis gegeben wurde der Versammlung von dem laut Vorstandsbeschluß vom 9. 5. 32 mit Herrn und Frau Professor Adamczak zwecks Betriebes einer Privatschule im Grundstück Oberbergstraße (Nadgórna) 32 abgeschlossenen Pachtvertrag, sowie von dem Umzuge der Diakonissen-Schwesternstation nach Oberbergstraße (Nadgórna) 65; des weiteren von der Aufhebung der Liquidation des Grundstücks Oberbergstraße (Nadgórna) 32/32a und der Rückerstattung der s. Zt. gehabten Unkosten. Beschlossen wurde noch, von Mitte Januar 1933 ab an arme Kinder warmes Frühstück zu verabfolgen. Um einen Teil der erforderlichen Kosten aufzubringen, sollen in mehreren Geschäften Sammelbüchsen aufgestellt werden. Die Bereitung und Ausgabe des Frühstücks wird dank dem Entgegenkommen der Frau Engl im „Tivoli“ erfolgen. *

× **Dem städtischen Arbeitslosenkomitee,** dessen Vorstand Montag abend eine Sitzung abhielt, sind laut Bericht des Vorsitzenden der Finanzsektion in der Zeit vom 1. Juni bis 31. Oktober d. J. etwa 6000 Złoty, im November ca. 1000 Złoty zugeflossen. Diese Beträge sind natürlich nicht entfernt ausreichend, um auch nur den geringsten Bedürfnissen abzuhelfen. Es wurde deshalb beschlossen, sich wieder mit einem Appell an die Bürgerschaft zu wenden und um größere Opferwilligkeit zu bitten. Über die Kinderspeisung wurde berichtet, daß zurzeit 2895 Schulkinder und noch nicht schulpflichtige Kinder täglich Kaffee mit Milch und Semmeln oder Brot erhalten. Diese Kinderhilfstätigkeit wird, auch in der Zeit der Schulferien, bis zum Mai künftigen Jahres fortgesetzt werden. Zu Weihnachtsgaben für die noch nicht schulpflichtigen Kinder, die von der Bespeisungsaktion erfaßt werden, wies das Komitee 3000 Złoty an. *

× **Die Feuerwehr** wurde am Mittwoch nach dem benachbarten Neudorf (Nowawieś) telephonisch alarmiert. Auf dem Pischkerschen Grundstück daselbst war aus bisher unbekannter Ursache die 12 Meter lange Scheune in Brand geraten. Als die Graudenzer Wehr (übrigens zuerst) eintraf, befand sich das Gebäude bereits in hellen Flammen, so daß man sich darauf beschränken mußte, den daneben stehenden Stall, der ebenfalls schon Feuer gefangen hatte, zu schützen. Die Scheune brannte völlig nieder, und mit ihr vom Inhalt ein Wagen, eine Häckselmaschine, Heu- und Strohvorräte usw. Der vom Brande angerichtete Schaden dürfte sich auf 7—8000 Złoty belaufen. Außer der Graudenzer Feuerwehr waren die Wehren aus Neudorf selbst, sowie aus Kl. Tarpen erschienen. *

× **Eingebrochen** wurde in der Nacht zum Mittwoch in die Fleischerwerkstatt von Gosiniecki, Unterthornerstraße (Toruńska). Die Täter sind von der Hofseite eingedrungen und haben eine erheblichere Menge Fleischwaren zu erbeuten vermocht. *

*

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Bücher-Baedeker, das ist die richtige Bezeichnung für diesen kleinen, aber wertvollen Weihnachts-Katalog, den die **Buchhandlung Arnold Kriedte, Grudziądz,** Mickiewicza 10, herausgegeben hat, und der von Dr. Horst Kriedte zusammengestellt ist. Schon die Einleitung „Für eilige Reisende“ bringt eine kurze Plauderei über die Neuerscheinungen. Aus der großen Menge des deutschen Büchermarktes sind die wertvollsten Bücher ausgewählt und mit einer kurzen, treffenden Inhaltsangabe versehen. Die Abteilung „Das gute, billige Buch“ ist besonders reichhaltig vertreten und dadurch wird die in der Einleitung aufgestellte Behauptung bestätigt: „Noch nie sind die Bücher so billig gewesen, wie in diesem Jahre“. Besonders wertvoll ist die Angabe der Verkaufspreise in Złoty. Der originell ausgestattete „Bücher-Baedeker“ wird für jeden Bücherfreund nicht nur für Weihnachten, sondern auch darüber hinaus ein wertvoller Buchberater sein. Er wird von der Buchhandlung Arnold Kriedte, Grudziądz, auf Wunsch kostenlos versandt. (9403 *

Thorn (Toruń).

v **Der Wasserstand der Weichsel** betrug Mittwoch früh bei Thorn 0,55 Meter über Normal. * *

‡ **Apotheken-Nachtdienst** von Donnerstag, 1. Dezember, abends 7 Uhr, bis Donnerstag, 8. Dezember, 9 Uhr morgens einschließlich, sowie Tagesdienst am Sonntag, 4. Dezember, hat die „Central-Apotheke“ (Apteka Centralna), Culmerstraße (ul. Chełmińska) 6, Fernsprecher 169. * *

v **Neue Höchstpreise für Backwaren und Fleisch.** Der Magistrat hat im Einvernehmen mit der Bäcker- und Fleischerinnung mit dem 25. v. M. folgende Preisfestsetzungen getroffen: Backwaren: ein Kilogramm Brot aus typischem Roggenmehl im Kleinhandel 30 Groschen, eine Semmel von 55—65 Gramm Gewicht aus Weizenmehl 5 Groschen; Fleisch: für je ein Kilo Schweinefleisch 1,50, Räucherfleisch 1,70, Kotelettes 1,80, Schweinehackfleisch 1,60, frischer Speck 2,00, Räucherspeck 2,20, Schweineschmalz 2,80, Talg 2,00, Kalbfleisch Mittelstück 1,20, Hinterstück 1,50, Hammelfleisch 1,50, Rindfleisch mit Knochen 1,30—1,60, ohne Knochen 2,00, ausgelassener Talg 1,40; Fleischwaren: Kaiserjagdwurst 2,00, Knoblauchwurst 1—1,40, Pastetenleberwurst 0,80—2,40, Preßwurst 0,80—1,60, Grützwurst 0,60 bis 1,00. Zuwiderhandelnde unterliegen einer Geld- oder Freiheitsstrafe bis zu 3000 Złoty bzw. 6 Wochen Arrest. **

v **Ermäßigter Gaspreis — aber in Graudenz.** Das städtische Gaswerk in Graudenz hat kürzlich, wie wir unter Graudenz berichteten, einen neuen Tarif für Gas eingeführt, in dem der Gaspreis verschiedene Staffelungen vorsieht: je größer der Gasverbrauch, desto billiger der Gaspreis, wobei der niedrigste Satz (für Hauszwecke) 0,34 für einen Kubikmeter beträgt. In Thorn dagegen beträgt der Gaspreis zwar nur 0,32, dafür ist er aber auch „festgemauert“ und unterliegt keiner Veränderung. Da auch andere Städte in letzter Zeit die Preise für Strom und Gas reduziert haben, so bleibt abzuwarten, ob sich Thorn diesem Schritt anschließen wird. * *

v **Steuerkuriosum.** Das Finanzamt, das entgegen den Gepflogenheiten der letzten Jahre die Aufforderungen für die Zahlung der Einkommensteuer für das vorige Jahr bereits vor einigen Tagen verschickte, hat auch diesmal wieder bei der Steuerbemessung ganz „großzügig“ gearbeitet. So erhielt z. B. der Besitzer eines von ihm und vier Mietern bewohnten Häuschens, der keine Steuererklärung eingereicht hatte, einen Zahlungsbefehl über 131,50 Złoty zugestellt, obwohl er von seinen vier Mietern zusammen monatlich nur 31 Złoty Miete erhält. Auf Grund welcher Unterlagen eine so hohe Steuerveranlagung vorgenommen wurde — bleibt Amtsgeheimnis. * *

v **Vermißt** wird die 28jährige Irena Krasińska, die sich am 25. v. M. aus dem Elternhause, ul. Batorego, Baracke 3, entfernte und bisher nicht zurückkehrte. * *

v **Zu einer Schlägerei** kam es auf der Leibitscher Chaussee in der Nähe der Stärkefabrik zwischen einigen „Kumpels“. Die Polizei trennte die Kampfhähne und schrieb ein Protokoll. * *

v **Acht Schwarzfahrer** verhaftete die Polizei an einem der letzten Tage. * *

v **Diebstahlschronik.** Aus der Werkstatt des auf der Bazarkämpe wohnhaften Bolesław Szefer wurde verschiedenes Handwerkszeug im Werte von 60 Złoty entwendet. — Anton Malinowski, wohnhaft ul. Grudziądzka Nr. 52/54, zeigte den Diebstahl einer Milchkanne im Werte von 24 Złoty an. — Während eines Vergnügens in einer Restauration an der Culmer Chaussee büßte ein Teilnehmer Mantel, Handschuhe, Halstuch und Mütze ein. — Vom Fahrrad eines Wł. Brzeziński, wohnhaft ul. Kosciuszki 52, verschwanden 500 Zigaretten „Naritas“, die dieser zusammen mit dem Stahlroß unbeaufsichtigt hatte stehen lassen. — Ein Dieb entwendete das Fahrrad von Jan Chrzanowski, wohnhaft Seglerstraße (Żeglarska) 27, das dieser unvorsichtigerweise ohne Aufsicht in der Lindenstraße (Kosciuszki) hatte stehen lassen. * *

v **Kohlendiebstahl.** Auf der Eisenbahnbrücke wurden am gestrigen Tage zwei Personen angehalten, die eine größere Menge Kohlen, die von einem Diebstahl zum Schaden der Eisenbahn herrühren, mit sich führten. Die Kohlendiebe wurden verhaftet. * *

‡ **Aus dem Landkreise Thorn,** 29. November. Einbrecher erbeuteten neulich nacht aus der Wohnung von Friedrich Heise in Zlotterie (Złotorja) für etwa 1000 Złoty Damen- und Herrenkleidung. Sie waren nach Herausnehmen eines Fensters eingestiegen und konnten unerkannt entkommen. * *

ef **Briesen** (Wąbrzeżno), 30. November. Diebe brachen in den Geflügelstall des Landwirts Kaliszewski in Mlewo ein und stahlen acht Gänse. — Dem Landwirt Deuber in Lopatken statteten Langfinger einen unerwünschten Besuch ab und ließen dabei zwei Rümpfe Bienen mitgehen. — Bei der Frau Cieszyński in Hohenkirch brachen Diebe in den Stall und stahlen eine größere Anzahl Enten und Gänse. — Wie bekanntgegeben wird, findet am 6. Dezember hierselbst ein Vieh- und Pferdemarkt statt.

× **Aus dem Kreise Culm** (Chełmno), 30. November. In Schönsee (Sosnówko) starb dieser Tage der 71jährige Altsitzer Leonhard Penner. Er war vor kurzer Zeit bei einem nächtlichen Einbruche von einem der Täter durch Messerstich in den Kopf verletzt worden. Die dem betagten Manne damals zugefügte Verwundung dürfte wahrscheinlich dessen Hinscheiden herbeigeführt oder beschleunigt haben.

m **Dirschau** (Tczew), 30. November. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde u. a. eine Verordnung des Wojewoden verlesen, in welchem dem hiesigen Magistrat Unterschriften für Wechsel in Höhe von 40 000 Złoty bewilligt werden. Die Verordnung zwecks Kürzung der Haushaltungskosten bis zu 25 Prozent wurde ebenfalls zur Aussprache gebracht. Das Budget für das Jahre 1932/33 beträgt in Einnahmen und Ausgaben 1 136 000 Złoty und wurde angenommen. Nach Erledigung der Steuerangelegenheiten für das Jahr 1933 wurde die Versammlung geschlossen. — Die Räume der Städtischen Kommunalsparkasse befinden sich ab 1. Dezember d. J. in dem früheren Drosteschen Geschäftslokal am Markt Nr. 18.

tz **Konitz** (Chojnice), 30. November. Wegen angeblichen Sittlichkeitsverbrechens hatten sich zwei Männer aus Lubnia vor dem Kreisgericht zu verantworten. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das Gericht sprach die beiden Angeklagten frei. Die Kosten des Verfahrens wurden dem Staatsschatz auferlegt. — Wie uns berichtet wird, versuchte ein Mann von kleinem Wuchs, im Alter von etwa 35 Jahren, verschiedene Kleidungsstücke zu verkaufen, die vermutlich aus Diebstählen herrühren. Ein Arbeiter kaufte von ihm ein Cutaway für 4 Złoty. Das Publikum wird vor diesem Manne gewarnt und gebeten, unverzüglich die Polizei zu benachrichtigen, falls er auftauchen sollte. — Fahrräder wurden gestohlen dem Franciszek Persewski aus Lesno und dem Finanzkontrolleur Joseph Perzyński aus Czyczkowy. — Das Flüßchen Chocina, das im Frühjahr zu einem ziemlich umfangreichen Fluß anschwillt und dabei etwa 4000 Morgen Land unter Wasser setzt, soll jetzt reguliert werden. Wie wir hören, beabsichtigen die von der Überschwemmung betroffenen Landwirte sich an den Starosten des Kreises Konitz zu wenden, mit der Bitte um Abhilfe. — Aus der Besserungsanstalt sind mehrere Zöglinge entflohen, und zwar Klemenz Karczewski, Bruno Blaszke und Ignatz Lisz. — Es gibt doch noch immer bei uns Leute, die glauben, durch einen Drohbrief ihre Opfer so einschüchtern zu können, daß diese sofort Geld flüssig machen und es dem betreffenden Gauner aushändigen. So versuchte auch jetzt wieder einer von dieser Sorte auf diese Art sich Geld zu beschaffen. Hoffentlich gelingt es der Polizei bald, den Schädling abzufassen.

p **Neustadt** (Wejherowo), 30. November. Gestohlen wurden in der gestrigen Nacht dem Fleischer Wojciech Grzenkowitz, Friedrichstraße, Fleischwaren und Schmalz im Werte von etwa 1000 Złoty. — Ebenso wurde beim Fleischer Kot in der 3. Majastraße eingebrochen und der Bestand verringert. — Die Einbrecher, welche Waren im Kaufhaus Suchecki gestohlen hatten, befinden sich bereits hinter Schloß und Riegel; sie bekennen aber nicht, wo sie das Diebesgut untergebracht haben. — Der bestohlene Kaufmann Wojewski hat einen nennenswerten Teil von den ihm gestohlenen Sachen zurückerhalten.

m **Pelplin**, 30. November. In der letzten Stadtverordnetensitzung, zu welcher 16 Stadtverordnete erschienen waren, wurde ein neuer Bürgermeister gewählt. Die Wahl fiel mit 14 Stimmen auf Dr. Chmielecki aus Stargard, der frühere Starost des Stargarder Kreises.

Der Kampf um die Danziger Kontingente und die Prohibitivzölle.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 29. November 1932.

In einer 17 Folioseiten langen Note an den Hohen Kommissar des Völkerbundes antwortete die Danziger Regierung gestern auf einen polnischen Antrag vom 5. November zur Abweisung des Danziger Antrages vom 12. 8. 1932 betr. die Erhaltung der Danziger Kontingentsrechte und die Beseitigung der polnischen Prohibitivzölle.

Polen hatte beantragt, das durch den Danziger Antrag eingeleitete Schiedsverfahren einzustellen bis zur rechtskräftigen Erledigung des polnischen Antrages auf Änderung des Teiles VII des Warschauer Abkommens und für den Fall der Nichtberücksichtigung dieses Verlangens, den Danziger Antrag abzuweisen.

In ihrer Replik beantragt nun die Danziger Regierung, den polnischen Antrag abzuweisen und nach ihrem Antrag zu entscheiden.

Die Danziger Regierung belegt juristisch, daß das anzuwendende Verfahren Zwischenentscheidungen im Sinne des polnischen Verlangens auf vorläufige Einstellung des Verfahrens nicht kenne. Sachlich werde der polnische Antrag auch nicht durch den bereits schwebenden polnischen Antrag auf Abschaffung der Kontingente gerechtfertigt. Nach dem gegenwärtig geltenden Recht habe Danzig unstreitig das Reservatrecht, seine Eigenbedarfskontingente festzustellen, die von Polen als verbindlich anzuerkennen seien: **„Solange dieses Recht dauert, darf die Polnische Regierung seine praktische Ausübung nicht durch Prohibitivzölle verhindern,** gleichviel, ob die Polnische Regierung seine Beseitigung im Wege der Abänderung des Warschauer Abkommens anstrebt oder nicht." Im übrigen sei der polnische Antrag auf Beseitigung dieses Rechts durch die Entscheidung des Hohen Kommissars vom 19. 11. 1932 in erster Instanz abgelehnt worden. Wenn nach dem polnischen Antrage das Schiedsverfahren wegen der Prohibitivzölle bis zur rechtskräftigen Erledigung des polnischen Abschaffungsantrages in 2. Instanz ausgesetzt würde, so wäre damit der Polnischen Regierung eine Handhabe gegeben, die

Wiederherstellung des verletzten Rechtszustandes

immer weiter hinauszuzögern".

Polen habe gegen die Erhaltung der Danziger Kontingentsrechte mit verschiedenen Pressionsmitteln gearbeitet. Eines davon war die Sperre gegen Danziger Waren, die vom Hohen Kommissar in seiner Entscheidung vom 20. 11. 32, in erster Instanz also, als rechtswidrig bezeichnet worden sei. Wenn nun die Abwehr des zweiten polnischen Pressionsmittels, der Prohibitivzölle, bis zur rechtskräftigen Entscheidung über das erste Pressionsmittel aufgeschoben werden solle, so würde das bei der regelmäßigen Prozeßdauer von mindestens einem Jahre bedeuten, **„daß die Polnische Regierung praktisch nun ein weiteres Jahr mit Hilfe der Prohibitivzölle das Danziger Kontingentrecht illusorisch macht, und daß sie ein weiteres Jahr diese Schädigung der Danziger Wirtschaft fortsetzen könnte."**

In zweiter Linie beantrage die Polnische Regierung die Einstellung des schwebenden Verfahrens bis zur rechtskräftigen Erledigung des Danziger Globalantrages vom 28. 6. 32 auf Aufänderung der Teile VI (Zollangelegenheiten) und VII (wirtschaftliche Ein- und Ausfuhr) des Warschauer Abkommens. Würde dieser Gesamtantrag Danzig das Recht nehmen, gegen aktuelle Verletzungen des geltenden Rechts durch Polen durch einen Spezialantrag zu protestieren, so wäre Danzig gegen alle polnischen Rechtsverletzungen auf den genannten Vertragsgebieten bis zur rechtskräftigen Erledigung des Globalantrages schutzlos." Wenn Polen einen Widerspruch finde in dem Umstande, daß Danzigs Antrag auf Beseitigung der Prohibitivzölle im wesentlichen identisch sei mit den einschlägigen Bestimmungen für die von Danzig vorgeschlagene Abänderung der Teile VI und VII des Warschauer Abkommens, so bestehe er faktisch doch nicht, denn **es handle sich eben für Danzig gar nicht um eine Abänderung des geltenden Rechts, sondern nur um seine Feststellung und Sicherung.**

Was die

Anwendung der Zolltarife auf Danziger Gebiet

angehe, so widersprächen nach polnischer Meinung irgendwelche Verschiedenheiten den Verträgen, da Danzig ohne Vorbehalte unter die Zollgesetzgebung Polens gestellt sei. **Die Danziger Regierung bestreite nicht die grundsätzliche Verpflichtung zur Anwendung der polnischen Zollgesetzgebung in Danzig und handle danach.** Danzig sei aber **nicht ohne eine Reihe Vorbehalte** der polnischen Zollgesetzgebung und dem polnischen Zolltarif unterworfen. Auf die Danziger Reservatrechte insbesondere beziehe sich die Verpflichtung zur Anwendung der polnischen Zollgesetzgebung nicht, gleichviel ob diese Rechte (nach Danziger Auffassung) Teile seiner inneren Staatshoheit oder (nach polnischer Auffassung) polnische Zugeständnisse seien. Das beziehe sich also auch auf die Kontingentsrechte. Daß Danzig nicht vorbehaltlos der polnischen Zollpolitik unterworfen sei, bestätige im übrigen die Entscheidung des Hohen Kommissars über die Ausfuhrzölle vom 6. 11. 1924, die ausdrücklich den Vorbehalt der Geltung der polnischen Zollgesetze für Danzig mache: „wenn die Freie Stadt stichhaltige Gründe nachweisen kann, die sie dieser Verpflichtung entheben".

Die Polnische Regierung hatte aus dem Umstande, daß der prohibitive Zollsatz dem Zollrecht, das Danziger Reservatrecht aber der Wirtschaftsgesetzgebung angehört, gefolgert, daß dieses Reservatrecht gegenüber Zöllen unwirksam sei. Dieser Auffassung widersetzt sich die Danziger Regierung, „wenn die Zölle in ihrer Wirkung einem Ein- oder Ausfuhrverbote gleichkommen", und beruft sich dabei auf die schon erwähnte Entscheidung des Hohen Kommissars über die Ausfuhrzölle, in der es heißt:

> „Es ist offensichtlich, daß beabsichtigt war, Danzig freie Hand zu geben, mit den Erzeugnissen seiner eigenen Industrie und Landwirtschaft zu verfahren und daß für dieses Recht keine Zeitgrenze gesetzt wurde, so daß wenn tatsächlich ein Ausfuhrzoll die Wirkung eines Hemmnisses hat, seine Erhebung eine Verletzung im Sinne des Art. 213 ist."

Prohibitivwirkung liege schon vor, wenn noch ein geringer Bruchteil des bisherigen Bedarfs trotz der Maximalzölle zur Einfuhr gelange. Wenn durch die Maximalzölle die Einfuhr auf 10 Prozent des festgesetzten Bedarfs gedrosselt werde, so bedeute das eine Prohibitivwirkung. Im übrigen sei **tatsächlich die Einfuhr weiter zurückgegangen.**

Wenn sich die Polnische Regierung bei ihrer Unterscheidung zwischen Einfuhrverbot und Zöllen auf die Entscheidung des Hohen Kommissars berufe, so habe Polen das Zitat nicht vollständig gebracht, wie des näheren dargelegt wird. Die Frage des jetzt schwebenden Streitverfahrens, nämlich

die Zulässigkeit eines Prohibitivzolles gegenüber Danziger Sonderrecht

auf Ein- und Ausfuhrfreiheit der Kontingentwaren, beantworte der Hohe Kommissar für die Ausfuhrzölle eindeutig im Absatz h seiner Entscheidung, in dem es heißt:

> „. . . wenn . . . bewiesen werden kann, daß die Wirkung des Gesetzes vom 31. 7. 24 dahingeht, auf die Erzeugnisse von Danzigs eigener Industrie wie ein Verbot zu wirken, Danzig . . . besondere Berücksichtigung beanspruchen kann.
>
> 1. weil die Erfordernisse des Danziger Handels und seiner Industrie nicht notwendigerweise die gleichen sind wie die Polens und weil das, was auf ein so kleines Staatswesen wie die Freie Stadt einen schweren Druck ausüben könnte, nicht in einem so großen Lande wie Polen in einem verhältnismäßig gleichen Umfange zu fühlen sein wird;
> 2. weil die bei Danzig in Frage kommenden Beträge, verglichen mit denen, die bei Polen in Frage kommen, verhältnismäßig unbedeutend sind . . .;
> 3. weil Polen von Rechts wegen verpflichtet ist, so weit als möglich jede Härte zu mildern, die sich aus dem Einschluß Danzigs in die polnischen Zollgrenzen ergibt, da beabsichtigt war, daß der Einschluß Danzigs zum Nutzen Polens, aber nicht zum Nachteil Danzigs sein sollte. Die Verpflichtung der Freien Stadt, sich der polnischen Zollgesetzgebung anzupassen, wird in einem gewissen Grade aufgewogen durch das von Polen gegebene Versprechen, die Interessen der Freien Stadt nach Möglichkeit zu schützen."

Die Danziger Regierung wendet sich dann gegen die polnische Auffassung, daß die polnischen Interessen unter allen Umständen den Danziger vorgingen, wenn sie nicht zu vereinbaren seien. Das sei nicht der Fall nach den Entscheidungen, „wenn ein unbedeutender Nachteil für Polen einen bedeutenden Gewinn für Danzig bringen würde". Außerdem aber sei **die These von dem Primat der polnischen Interessen nicht anwendbar auf die vertraglich verbrieften Sonderrechte Danzigs. Wäre das der Fall, so würde Polen sich über jedes Danziger Recht mit der Erklärung der Unvereinbarkeit mit den polnischen Interessen hinwegsetzen können.**

Im übrigen wird eingehend dargelegt, daß auch die Sachverständigen auf Grund der Entscheidungen zu der Auffassung gekommen sind, daß Polen nicht ermächtigt sei, Danzigs Kontingenten Prohibitivzölle aufzuerlegen.

Wenn die Polnische Regierung den Standpunkt des Senats über

die Verschiedenheit der Wirtschaftsinteressen

als „unrichtig" und „aus politischen Gründen eingenommen" darstelle, so könne sich die Danziger Regierung für ihren Standpunkt auf die ausdrückliche Anerkennung dieser Verschiedenheit nicht nur auf den vorliegenden praktischen Streitfall, sondern auch auf die ausdrückliche Anerkennung dieser „Verschiedenheit durch die Verträge und durch die zuständigen internationalen Instanzen berufen. Die Polnische Regierung hätte sich im Warschauer Abkommen nicht zu verpflichten brauchen, die Interessen Danzigs bei ihrer Zollpolitik zu schützen, wenn diese identisch mit denen Polens gewesen wären. Die Sachverständigen hätten noch jüngst in ihrem Gutachten die „essentielle Verschiedenheit der wirtschaftlichen und sozialen Struktur Danzigs von der Polens" festgestellt.

Weiter heißt es dann u. a. in der Note:

„Die Polnische Regierung bestreitet den Danziger Behörden das Recht, sich mit ihrem Antrag gegen die Prohibitivzölle

„in die polnische Wirtschaftspolitik gegenüber Danzig einzumischen".

Die „Danziger Behörden" — das heißt die Regierung der Freien Stadt! — würde die ihr anvertrauten elementarsten Pflichten verletzen, wenn sie sich nicht gegen die in den abgelaufenen 10 Jahren immer mehr gesteigerte, in der Geschichte beispiellose Bedrückung der Danziger Wirtschaft durch Polen zur Wehr setzte. Auf die wiederholte Behauptung der Polnischen Regierung, „sich ihrer Verpflichtungen bewußt zu sein, die Interessen der Freien Stadt Danzig nach Möglichkeit zu berücksichtigen und danach zu handeln", hält die Regierung der Freien Stadt angesichts der der ganzen Welt bekannten Sachlage nicht für nötig zu antworten."

Die Danziger Regierung wendet sich weiter gegen die Unterstellung, als herrsche auf dem Gebiete der Anwendung des Zolltarifes rechtliche Gleichheit innerhalb des Danzig-polnischen Gebiets. Diese bestehe nicht. In den Gesetzestexten wäre eine **Diskriminierung Danzigs** ein allzu offenkundiger Vertragsbruch gewesen.

Die Gesetze seien **aber in zunehmendem Umfange Blankettgesetze geworden und ihre Ausübung sei in die Hand der polnischen Administrative gelegt worden, die damit das Mittel gewonnen habe, „den einzelnen Zollschuldnern in Danzig oder in Polen nach ihrem Gutdünken und nach ihren politischen Zielen höhere oder niedrigere Staffelzollsätze aufzulegen, Vorteile aller Art, wie z. B. Zollerlasse, Präferenzzölle, Exportprämien pp., Einfuhr- und Ausfuhrlizenzen zu gewähren oder zu versagen. Kein Gebiet der Volkswirtschaft, Zölle, Ein- und Ausfuhrbeschränkungen, gewerbliche Konzessionen und dergl. ist von dieser Methode verschont geblieben".**

Diese Methode sei zu einem

„in der ganzen Welt einzig dastehenden System"

erhoben worden, „und zwar durch die sogenannten polnischen Zollerleichterungen oder Zollstaffeln, deren Bewilligung ausschließlich in die Hand des Finanzministeriums gelegt sei. Der Sachverständigen-Ausschuß habe die Größe der Gefahr dieser Gesetzgebungsweise vollkommen anerkannt und habe darum den Gedanken ausdrücklich abgelehnt, die Reservatrechte Danzigs bezüglich der Ein- und Ausfuhr dadurch zu ersetzen, daß der Freien Stadt ein angemessener Anteil an den allgemeinen Kontingenten Polens eingeräumt werde. Er gab der Ansicht Ausdruck, „daß diese Lösung, ganz **abgesehen davon, ob sie nicht**

das Ende der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Danzigs

bilden würde, weder eine unparteiische Behandlung der Danziger Interessen, noch eine Geheimhaltung der Danziger Geschäfte gewährleistet und daß sie die Danziger Industrie mehr oder weniger unter die Kontrolle der polnischen Konkurrenz und des polnischen Staates stellen würde".

Die Danziger Regierung beruft sich bei ihren Ausführungen auf dem Hohen Kommissar vorgelegtes „umfassendes Material für die Anwendung der polnischen Zollerleichterungen zum Nachteil Danzigs". Die Danziger Note spricht von einer „völligen Zerstörung wirtschaftlicher Rechtsgleichheit".

Kleine Rundschau.

Bergwerkskatastrophen.

Belgrad, 30. November. (Eigene Drahtmeldung.) In einem Bergwerk in der Nähe von Laibach ereignete sich ein schweres Explosions-Unglück. Ein Benzintank explodierte, wobei sechs Personen getötet und drei lebensgefährlich verletzt wurden.

*

Essen, 30. November. (Eigene Drahtmeldung.) Durch stürzende Gesteinsmassen wurden in einem Kohlenschacht zwei Grubenarbeiter getötet.

Neue Theorie über Kinderlähmung.

Prag, 29. November. Der Arzt Dr. Skala-Rosenbaum in Jirna bei Prag hat, wie die „Prager Abendzeitung" meldet, eine neue Theorie über den Erreger der spinalen Kinderlähmung aufgestellt. Er behauptet, diese Krankheit sei eine nervöse Form der bei Hunden auftretenden Staupe. Die neue Thorie wird zurzeit im tschechischen Kinderspital in Prag überprüft.

Irrlicht.

Die jugoslawische Presse verfolgt die Berichte über den Abschluß des französisch-russischen Nichtangriffspaktes mit größter Aufmerksamkeit. So schreibt die Belgrader „**Politika**:

„Es gibt auch eine **Kombination wirtschaftlichen** Charakters, die von besonderer Bedeutung für die ost- und mitteleuropäischen Länder ist. Es handelt sich um eine Hilfsaktion für die wirtschaftlich bedrohten Länder Mittel- und Osteuropas. Man spricht mit großer Bestimmtheit von der Schaffung einer Handelsgesellschaft mit einem Kapital von 36 Milliarden französischer Franks, in welcher der französische Anteil überwiegen soll. In Warna in Bulgarien, ferner in Konstantinopel, Budapest und Preßburg soll die Gesellschaft Depots mit russischen sowie mittel- und osteuropäischen Waren errichten. Über die genannten Zentren soll die **Viehausfuhr nach Rußland** — welchen Artikel Rußland jetzt benötigt — sowie die Einfuhr russischer Waren, die nach Zentral- und Osteuropa gehen sollen, sich bewegen. Dieselbe Pariser Quelle — heißt es in der „Politika“ weiter — besagt, daß die Verhandlungen über diese Kombination schon im Gange sind und in Konstantinopel geführt werden. Das wäre ein Plan für die wirtschaftliche Gesundung Mittel- und Osteuropas. Ein Emissär der Sowjets — behauptet man — führt bereits ähnliche Verhandlungen auch mit Bulgarien. Man kann nicht sagen, inwiefern diese Kombinationen den Tatsachen entsprechen, aber nach einigen Informationen aus Paris glauben wir, daß der Handelsvertrag zwischen Frankreich und Rußland ein solches Arrangement zur Folge haben wird.“

•

Wir entnehmen diesen unglaublichen Blödsinn dem in deutscher Sprache geschriebenen Blatt des Herrn Benesch in Prag, wo er ohne jeden Zusatz dem gläubigen Leser serviert wird. So sieht also der neueste „Plan für die wirtschaftliche Gesundung Mittel- und Ost-Europas“ aus! Um das Feuer zu löschen, gießt man einige tausend Tonnen Öl hinein. War der Gedanke des Zusammenschlusses der notleidenden Agrarländer schon dem Zusammenschluß der Blinden vergleichbar, die durch die Vervielfachung ihrer toten Augen noch immer kein Augenlicht erhalten, so will man hier in des Wortes wahrster Bedeutung den Bock zum Gärtner machen. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit Sowjetrußlands mit den Agrarländern des östlichen Mittel-Europas kann nichts anderes sein als die vielfältige Vermehrung dieses Agrarelends durch das sowjetrussische Dumping. Was bedeutet demgegenüber die angedeutete Möglichkeit des Viehexportes ins Land der Bolschewisten? Ein solcher Viehexport ist nur in beschränktem Umfange möglich, da es den Russen vor allem an leistungsfähigem Zuchtvieh gelegen ist. Solches Vieh bezieht man aber besser aus Deutschland und Skandinavien, allenfalls noch aus dem ehemals preußischen Teilgebiet Polens,, — niemals aber vom Balkan.

So entpuppt sich der Gedanke einer französisch-sowjetrussischen Kombination wirtschaftlicher Natur zum Nutzen der Agrarländer des östlichen Mitteleuropas als ein neues Irrlicht über dem Sumpf, in dem sie umzukommen drohen. Es gibt bekanntlich — das ist vor allem auf der Konferenz von Stresa selbst den übelwollendsten Beteiligten klar geworden — nur eine Rettungsmöglichkeit für diese bislang von den Franzosen berauschten und politisch ausgebeuteten Staaten. Es gibt nur die wirtschaftliche Verständigung mit den größten Ländern Mitteleuropas, die im Austausch gegen ihre Industrie-Produkte die Erzeugnisse der erwähnten Agrarländer aufnehmen können. Diese Länder sind Deutschland, und in beschränkterem Umfange Italien. Die Gesundung, die ihr Wille in die Agrarländer Mitteleuropas tragen kann, läßt sich auf anderem Wege nicht erreichen. Man kann die Sonne durch kein Irrlicht ersetzen und das natürliche Heilmittel, das auf dem alten Wirtschaftsgesetz von Angebot und Nachfrage beruht, nicht durch die Pest des sowjetrussischen Dumping. (Auch dann nicht, wenn die Pestbazillen artig und wohlriechend in französischem Parfüm dargereicht werden.)

Geheimnisvolles Verschwinden eines Obersten.

Wie die polnische Presse aus Lemberg meldet, bildet dort das geheimnisvolle Verschwinden des in polnischen Gesellschaftskreisen Polens bekannten pensionierten Obersten **Stanisław Rożen** das Tagesgespräch. Oberst Rożen hat seinen ständigen Wohnsitz in Przemysl; er ist Direktor des dortigen Landwirtschaftlichen Verbandes. Am 16. November ist er nach Lemberg abgereist, wo er in einigen Banken verschiedene Geschäfte zu erledigen hatte. Er führte einen größeren Geldbetrag sowie verschiedene Wechsel mit sich. Bis Lemberg wurde Oberst Rożen von seiner Schwester begleitet; auf dem Bahnhof verabschiedete er sich von ihr, da sie mit der Straßenbahn fuhr, er selbst aber wollte zu der Fahrt nach der Stadt eine Droschke benutzen. Seit diesem Augenblick fehlt von Oberst Rożen jede Spur.

Schon einige Tage nach dem geheimnisvollen Verschwinden leitete die Familie energische Nachforschungen ein, die jedoch zu keinem Ergebnis führten. Gegenwärtig beschäftigt sich die Lemberger Polizei mit der geheimnisvollen Angelegenheit.

Ist es gleich Wahnsinn . . .

hat es doch Methode!

Die Marathontanz-Seuche in Amerika.

Einer Meldung aus Newyork zufolge ist in Elizabeth (New Jersey) ein Dauertänzer nach 47 Tagen und 19 Stunden ununterbrochenen Tanzens tot zusammengebrochen. Ein Herzschlag machte seinem Leben ein Ende.

Dank den Bemühungen geschäftstüchtiger Manager und Impresarios hat sich die Modetorheit der Marathontänze zu einem gut organisierten Geschäftszweig entwickelt. Die Teilnahme an den Marathontänzen steht jedermann frei. Vorschrift ist lediglich, daß alle Bewerber sich einer ärztlichen Untersuchung unterziehen. Dann belegt man gewisse Stunden im Rundfunkprogramm des nächstgelegenen Senders, engagiert drei Musikkapellen, und der Schwindel kann steigen.

Die Tänzer rekrutieren sich aus allen gesellschaftlichen Schichten. Hübsche junge Mädchen erscheinen neben älteren Matronen, junge Burschen unter zwanzig nehmen den Kampf mit zähen Sechzigern auf. Ab und zu treten auch Ehepaare als Tanzpaare an, aber man kann nicht sagen, daß sie übermäßig viel Erfolg haben.

Die Teilnehmer werden, nach Geschlechtern getrennt, in Schlafsälen neben dem Tanzsaal einquartiert, in denen ein wüstes Durcheinander von Garderobe und Gepäck herrscht. Nach je 45 Minuten Tanz finden Pausen von 15 Minuten statt, deren Anfang und Ende ein Sirenenpfiff verkündet. Diese Pausen können die Tänzer auf Ruhebetten verbringen. Die Marathontänzer erhalten täglich acht nach Diät-Vorschriften zusammengestellte Mahlzeiten, und es wird behauptet, daß einige Tänzer während des Marathons an Gewicht zunehmen — trotz der unmenschlichen Schinderei! Essen und Unterkunft für ein paar Wochen — das ist heute genug, um manchen Erwerbslosen für die Sache zu gewinnen.

Mit Ausnahme der 15-Minuten-Pausen darf der Tänzer den Tanzsaal unter keinen Umständen verlassen. Jede Verletzung dieser Vorschrift zieht sofortigen Ausschluß nach sich. Die Richter gehen, besonders zu Anfang des Turniers, sehr streng vor. Sie haben nichts dagegen, daß das Feld sich verkleinert, weil das dazu führt, daß die Zuschauer für das eine oder andere der Paare Partei ergreifen, was wiederum ein größeres Publikum nach sich zieht. Die Marathontänze geben auch unfehlbar Anlaß zu romantischen Liebesepisoden. Stets folgt für das eine oder andere Paar auf diese Tollhausraserei das Hochzeitsfest, obwohl man eigentlich denken sollte, daß solche qualvolle, tagelange Nähe abschreckend auf Heiratslustige wirken sollte.

Die Stammgäste sitzen Stunde um Stunde im Zuschauerraum und warten darauf, daß ein Paar nach dem anderen zusammenbricht. Und die erschöpften Dauertänzer sorgen dafür, daß diese Augenweide niemals ausbleibt. Jede Nacht bringt mindestens für einen Tänzer oder eine Tänzerin den vollständigen Zusammenbruch. Manche verlieren endgültig den Verstand oder wenigstens das bißchen Verstand, das sie haben.

Frauen bewahren im allgemeinen das seelische Gleichgewicht länger als Männer, und sie sind sicherlich die erfahreneren Tänzer. Während der Musikpausen lehren sie ihre Partner neue Tanzschritte und Figuren eigener Erfindung. Aber das alles ist natürlich nur im ersten Stadium des Marathons möglich — gegen Ende bleibt nichts als allgemeines, qualvolles Hinschleppen übrig.

Augenblicklich sind in acht amerikanischen Städten solche Marathons in vollem Gange. Ein schlauer Manager hat sie nach dem System der Kettenläden organisiert. Er beabsichtigt, eine Reihe internationaler Marathons mit Tanzpaaren aus aller Welt in Newyork abzuhalten. Das bringt ihm viel Geld ein, weil seine Schau Tag und Nacht geöffnet ist. Die Tänzer und die, die keine Preisträger sind, werden entlohnt und gut genährt. Ein idealer Rummel also für Unternehmer, Teilnehmer und Publikum . . .!

Rundfunk-Programm.

Sonnabend, den 3. Dezember.

Königswusterhausen.

06.35—08.00: Von Königsberg: Konzert. 11.15: Stunde der Unterhaltung. Walter Meckauer erzählt: „Spinozas Spiegel“ und „Die verbotene Pforte“ (Maya Hart erzählt). 12.05: Schulfunk: Eichendorff-Stunde. Zum Gedenken seines 75. Todestages am 26. November. Der Sänger deutscher Wandersehnsucht. Einleitende Worte: Rektor Erich Guder. Rezitation: Katharina Holger. Gesang: Richard Klewitz. 14.00: Von Berlin: Konzert. 15.00: Kinderbastelstunde. 5 Jahre Kinderbastelstunde. Ltg.: Ursula Scherz. 15.45: Frauenstunde. Karl Beutner: Wie können wir bei der Heizung unserer Wohnräume sparen? 16.00: Dichterstunde. Ernst Lissauer liest aus eigenen Werekn. 16.30: Von Hamburg: Konzert. 17.30: Viertelstunde für die Gesundheit. Dr. Dünner: Tuberkulose und Berufsfähigkeit. 17.50: Bücherstunde. 18.05: Musikalische Wochenschau: Felix Stößinger: Neue Schallplatten. 18.30: Dr. Johannes Günther: Deutsch für Deutsche. Umgangssprache. 18.55: Wetter. Anschl.: Kurzbericht des Drahtlosen Dienstes. 19.00: Französischer Unterricht. 19.40: **Stille Stunde.** Abend, Nacht und Morgen. 20.00: **Aus der Messehalle** am Kaiserdamm: **Auftakt und feierliche Eröffnung des Weihnachtsmarktes Berliner Künstler.** Die Schulkinder und Knecht Ruprecht. Albert Fischer, Baß, Kinder der Ballettschule der Staatsoper. Ltg. Melanie Lucia. Berliner Funkorchester. 22.00: Wetter, Nachrichten, Sport (II). 22.45: Deutscher See-Wetterbericht. Anschl. bis 00.30: Von Berlin: Tanzmusik (Fortsetzung).

Breslau-Gleiwitz.

06.35: Von Königsberg: Konzert. 11.30 ca.: Von Königsberg: Konzert. 13.05 ca. und 14.05: Schallplatten. 16.30: Unterhaltungskonzert. 18.00: Das Buch des Tages. 19.15: Abendmusik. 20.00: **Aus Lanners Zeiten.** Schlesische Philharmonie. 21.10: **Ballettmusik.** Schles. Philharmonie. 22.30—24.00: Von Berlin: Ball der Nationen.

Königsberg-Danzig.

06.35: Von Danzig: Konzert. 09.05: Schulfunkstunde. 11.05: Landwirtschaftsfunk. 11.30: Konzert. 13.05—14.30: Schallplatten. 15.30: Von Danzig: Bastelstunde für unsere Kleinen. 16.05: Von Berlin: Konzert. 19.00: **Heitere Unterhaltung im ostpreußischen Dialekt.** 20.00: Von Berlin: **Auftakt und feierliche Eröffnung des Weihnachtsmarktes Berliner Künstler.** Anschl.: Von Berlin: Wetter, Nachrichten, Sport.

Warschau.

12.10: Schallplatten. 16.00: Schallplatten. 18.05: Leichte Musik. 20.00: Leichte Musik. Funkorch. Dir.: Nawrot. Solistin: Dudicz, Gesang. Am Flügel: Urstein. 22.05: Chopin-Klavierkonzert. Alexander Uminski. 23.00—24.00: Tanzmusik.

Briefkasten der Redaktion.

L. K., Toruń. Entscheidend für die Beurteilung der ganzen Frage ist, welche Höhe die Vorkriegsmiete für den Laden hatte. Diesen Betrag in Zloty umgerechnet auf der Grundlage von 1 Mark = 1,23 Zloty müssen Sie zahlen. Ob der Betrag, den Sie jetzt zahlen wollen, der vorstehend bezeichneten Vorkriegsmiete entspricht, wissen wir nicht. Ein neueres Gesetz, das auf Ihren Fall zur Anwendung kommen könnte, gibt es nicht. Um in die ganze Sache Klarheit hineinzubringen, empfiehlt es sich, vom Mieteinigungsamt die gesetzliche Miete feststellen zu lassen. Steht diese erst fest, und übersteigt sie Ihre Zahlungskraft, dann können Sie noch immer mit dem Vermieter über eine Lösung etwaiger Gegensätze verhandeln. Ein schriftlicher Vertrag ist nicht erforderlich. Die Lichtanlage ist für die Beurteilung der ganzen Frage ohne Bedeutung. Wenn Sie über die Tragung resp. Verteilung der Kosten für diese Anlage mit dem Wirt nichts vereinbart haben, so können Sie von ihm nichts fordern.

Wirtschaftliche Rundschau.

Das polnische Kaffee-Einfuhr-Syndikat.

In Polen gingen bereits seit vielen Monaten Gerüchte um über eine bevorstehende Gründung eines Kaffee-Einfuhr-Monopols. Diese Gerüchte wurden stets dementiert. Man war sich über die Art dieser Gründung niemals recht im Klaren, da sie vielfach als Privatmonopol mit staatlichen Privilegien oder auch als reines Staatsmonopol hingestellt wurde. Über die Konzentrierung der Kaffeeeinfuhr lag bereits seit zwei Jahren ein bis in alle Einzelheiten durchgearbeitetes Projekt vor. Dieses Projekt ist zwar nicht verwirklicht worden, es hat aber in Form der jetzt vor kurzer Zeit gegründeten „Polnisch-brasilianischen Kaffee-Handelsgesellschaft" zum großen Teil seine Verwirklichung gefunden. Der Zweck dieser Gesellschaft liegt darin, die Kaffee-Einfuhr aus Brasilien nach Polen vollkommen in einer Hand zu vereinigen. Das Grundkapital beläuft sich auf 7 Millionen Złoty. An der Gesellschaft sind sowohl polnische Interessenten, wie der brasilianische „National-Kaffeerat" und die Firma „Hegoma" in Amsterdam beteiligt. Die Satzungen der Handelsgesellschaft sprechen vor allen Dingen von einer Konzentration der brasilianischen Kaffee-Einfuhr nach Polen und davon, daß der Import über Gdingen geleitet wird. In Gdingen wird ein Konziliationslager für zunächst 30 000 Sack errichtet, das dann bis auf 150 000 Sack erweitert werden soll. Man hat in dieser kombinierten Handelsgesellschaft einen Ausweg gefunden, wie die brasilianische Kaffee-Einfuhr zu konzentrieren sei, ohne ein neues, in der Öffentlichkeit wenig beliebtes Monopol einzuführen.

Diese Neugründung ist nach zwei Richtungen hin von besonderer Bedeutung. Zunächst wird sie dazu benutzt, einen Import von Danzig nach Gdingen zu verlegen. Im Jahre 1931 wurden nach Polen insgesamt 8156 To. Kaffee eingeführt; davon entfielen auf Danzig 5584 To., auf Gdingen 59 To. Die Kaffee-Einfuhr aus Brasilien allein belief sich auf 5141 To. Diese Gesamtmenge dürfte jetzt vollständig über Gdingen geleitet werden. Die zweite Bedeutung liegt in der Tatsache, daß man die Vermittlung der deutschen Importeure auszuschalten sucht, die bis dahin zum großen Teil das Kaffeegeschäft zwischen den Exportländern und Osteuropa vermittelten. Die polnischen Interessen kommen in diesem Falle den brasilianischen sehr entgegen, da durch die Bildung des „National-Kaffeerates" in Brasilien der brasilianische Produzent möglichst mit dem letzten Abnehmer in direkte Verbindungen gebracht werden soll.

*

Das Handelsministerium teilt mit, daß vom 2. Dezember d. J. ab bei der Erledigung von Anträgen um Zollermäßigung für die Kaffee-Einfuhr folgende Richtlinien gelten werden: Die Kaffeeimportfirmen müssen ihren Anträgen eine Kompensationsbescheinigung beifügen, aus welchen eine Ausfuhr von Schienen hervorgeht. Firmen, die diese Bescheinigung nicht vorlegen, haben die normale See- oder Landzollgebühr zu entrichten. Mit der Durchführung von Kompensationsgeschäften (Kaffee gegen Schienen) beschäftigen sich der „Exportverband der polnischen Eisenhütten" und die „Polnische Kaffeeimportgesellschaft".

Durch diese ministerielle Verfügung dürfte die Zentralisierung der Kaffee-Einfuhr zum Schaden der privaten Importeure noch verschärft worden sein.

Polens Elektrifizierungsprogramm.

Der Gesetzentwurf über die Elektrifizierung Polens ist bereits fertig und liegt gegenwärtig dem polnischen Ministerrat vor, der den Entwurf dem Warschauer Sejm wahrscheinlich noch in der ersten Hälfte des Dezember zur Verabschiedung vorlegen wird.

Die Vorlage geht zunächst davon aus, daß inländisches Kapital viel zu geringfügig und nur in unzureichendem Maße verfügbar ist, um den Elektrifizierungsaufgaben des Landes zu genügen, die nicht auf schnelle Gewinne, sondern auf lange Sicht eingestellt sind. Ferner wird hervorgehoben, daß ausländische Kapitalien beim Engagement in Polen sehr zurückhaltend sind, insbesondere in bezug auf Unternehmen, die erst nach einer Reihe von Jahren und nach erheblichen Investitionen gewinnbringend werden. Aus diesen Gründen wird das Elektrifizierungsprogramm auf eine ganze Reihe von Jahren abgestellt.

Es wird gesagt, daß unter diesen Umständen die Polnische Regierung vor der Notwendigkeit stehe, eine Aktion einzuleiten, um die Elektrifizierung zu fördern und in die gewünschte Richtung zu bringen. Die Frage der Elektrifizierung sei in dem größeren Teil des Landes bereits in eine Phase getreten, die breit angelegte Arbeiten notwendig mache.

Damit solle aber keineswegs gesagt sein, daß der Staat die Elektrifizierung in eigener Regie betreiben wolle, sondern die Regierung wolle sich lediglich darauf beschränken, Bedingungen zu schaffen, die das private Kapital auf diesem Gebiete zur Arbeit und zu Investitionen aufmuntern, damit es unter günstigen Ausnahmebedingungen seine Aufgaben leichter und in beschleunigtem Tempo erfüllen könne.

Nach dem Gesetzentwurf erhält der Konzessionär, der sich zum Bau und zur Betriebsführung von Elektrizitätswerken von 10 000 KVA oder mehr innerhalb einer festgesetzten Zeit oder zum Betrieb von elektrischen Hochspannungsleitungen von 30 000 Volt und mehr verpflichtet, tatsächlich erhebliche Vergünstigungen für die Dauer von 10 Jahren, wie beispielsweise: Befreiung von den Stempelabgaben, von allen direkten Steuern des Staates und der Kommunen, sowie allen Kommunalzuschlägen zu den direkten Staatssteuern mit Ausnahme der Kommunalzuschläge zur Grundsteuer, für Objekte, die Gegenstand der Konzession sind. Er genießt ferner Befreiung von staatlichen und kommunalen Abgaben bei Ankauf von Immobilien.

Außerdem kann der Konzessionär eines Elektrizitätswerkes beanspruchen, von Pachtzinsen für Inanspruchnahme von staatlichen Terrains bei der Überführung von Leitungen befreit zu werden, ebenso steht ihm das Vorkaufsrecht beim Erwerb der notwendigen Grundstücke, wie auch beim Erwerb der notwendigen Baumaterialien, Brennmaterialien, Holz und Holzprodukte zu. Auch steht es dem Konzessionär frei, Wasserläufe als Energiequellen ohne Entgelt auszunutzen.

Da die Elektrifizierung der östlichen polnischen Wojewodschaften noch in den Anfängen steckt, werden die oben erwähnten Vergünstigungen auf dem Gebiet der Wojewodschaften Nowogródek Polesie, Stanislau, Tarnopol, Wilna und Wolhynien statt 10 sogar 15 Jahre gewährt.

Der polnische Handelsminister hat im Einvernehmen mit dem Finanzminister das Recht, die erteilten Vergünstigungen ganz oder teilweise aufzuheben, wenn der Konzessionär, der diese Erleichterungen genießt, seine Verpflichtungen nicht erfüllt. Das neue Gesetz wird für das ganze Land gelten. Eine Ausnahme hiervon macht lediglich die Wojewodschaft Schlesien.

Gleichzeitig mit der Veröffentlichung des neuen Elektrizitätsgesetzes wird eine Ausführungsverordnung erscheinen, die das Elektrifizierungsprogramm, sowie die Einteilung des Landes in Elektrifizierungsbezirke enthalten wird. DPW.

Wir und die Weltwirtschaft.

Von Ernst Agahd. Weltsicht-Verlag, Berlin NW. 87.

Wenn in Krisenzeiten das Wirtschaftsproblem in den Vordergrund rückt, pflegt der Büchermarkt in Büchern, die sich mit Wirtschaftsfragen befassen, seine Hochkonjunktur zu erleben. In den meisten Fällen sind dies Erscheinungen, die der Analyse des theoretisch und praktisch geschulten Wirtschaftspolitikers nicht standhalten, weil deren Verfasser aus der Krise geborene Volkswirte sind. Dieser Einwand gehört als bewußter Gegensatz zu Ernst Agahds Buch „Wir und die Weltwirtschaft". Man greift immer und immer wieder zu diesem Werke, um aus der Erkenntnis einer reichen Erfahrung die Bestätigung mancher volkswirtschaftlichen Theorien zu erhalten. Agahd war vor dem Kriege einer der einflußreichsten Bankiers des zaristischen Rußlands, sein Urteil verrät aber eine seltene Vereinigung der Praxis mit der Theorie. Seine Ausführungen geben dem Wirtschaftspolitiker, dem Finanzmann, dem Politiker und dem Diplomaten eine Fülle von Anregungen, die er vielleicht zuweilen bezweifeln, über die er jedoch auf jeden Fall nachdenken wird. Ein ungeheures Material ist in diesem Werke verarbeitet worden. Agahd hat alle brennenden Probleme der Weltwirtschaft berührt, er hat dabei sein theoretisches Wissen mit seiner eigenen, von einer höheren Warte aus erhaltenen Anschauung vermengt. Agahd weiß viel, weil ihm persönlich ein tiefer Einblick in manche weltwirtschaftlichen Zusammenhänge möglich war. Daher ist seine Art, über die Grundfragen der Weltwirtschaft, Kapital und Arbeit, Liberalismus und Protektionismus zu schreiben, nicht ganz alltäglich, selbst wenn man nicht positiv zu ihm steht und wenn man seine Ausführungen vielleicht als zu stark vom finanzpolitischen Standpunkte aus gesehen bezeichnen will. **In diesem Werke liegt viel wirtschaftspolitische Wahrheit.**

Die Lage des schweizerischen Bankwesens.

Die Krise in der Schweiz.

Über die Krisenerscheinungen in der Schweiz wird uns geschrieben:

Anfang November dieses Jahres ist vom Statistischen Bureau der Schweizerischen Nationalbank die Bankstatistik für das Jahr 1931 der Öffentlichkeit unterbreitet worden. Die Verzögerung ist auf die Durchführung weitgehender methodologischer Veränderungen der Statistik zurückzuführen. Um eine Vergleichsmöglichkeit mit den einzelnen Positionen der Bilanzveröffentlichungen der früheren Jahre zu haben, wurden auf dem Wege einer Enquete auch die Bilanzen des Jahres 1930 nach dem neuen einheitlichen Schema umgearbeitet, und ferner, dem Wunsche der Öffentlichkeit entsprechend, für das laufende Jahr Quartalsbilanzen veröffentlicht.

Aus den vorliegenden Zahlen tritt der Rückbildungsprozeß in den internationalen Kreditbeziehungen und die Verschärfung der wirtschaftlichen Krise in der Schweiz klar zutage. Das schweizerische Bankwesen hat im Jahre 1931 nach einer längeren Periode des Aufschwungs einen empfindlichen Rückschlag erlitten. Die Bilanzsumme wies im Jahre 1931 eine Verminderung um 1 Milliarde Frank auf 20,5 Milliarden auf. Insbesondere wurden die Großbanken von dieser Entwicklung betroffen. Die Geschäftstätigkeit der Kantonal- und Lokalbanken war geringeren Schwankungen ausgesetzt. Die Schrumpfung der Bilanzsumme bei den Großbanken hielt im Jahre 1932 an. Im ersten Quartal 1932 zeigt die Bilanzsumme der 8 Großbanken, mit Ausnahme der Baseler Handelsbank und der Eidgenössischen Bank, eine Minderung von 7,1 auf 7 Milliarden Frank; im zweiten Quartal erreichte die Bilanzsumme den Stand von 6,6 Milliarden Frank.

Unter den Passivkapitalien sind

die fremden Gelder

im Laufe des Jahres 1931 bei sämtlichen Bankinstituten um 759 Mill. Frank zurückgegangen. In der Gliederung der fremden Gelder ist im Jahre 1931 eine Verschiebung zugunsten der Sichtgelder (plus 165 Mill. Frank), die von einer Verminderung der Terminkreditoren (— 682 Mill. Frank) begleitet war, eingetreten. Die Spargelder haben sich nur um 248 Mill. Frank vermehrt gegenüber 419 Mill. im Vorjahre. Auch bei den Kassaobligationen, die früher im Durchschnitt jährlich eine Vermehrung um rd. eine halbe Milliarde brachten, ist im Jahre 1931 eine Abnahme um 114 auf 6033 Mill. feststellbar; die festen Anleihen weisen eine Schrumpfung um 47 auf 612 Mill. Frank auf. Eine weitere Einengung der Passivkonten läßt sich auch im laufenden Jahr feststellen. Im ersten Quartal 1932 erfuhren die Termingelder bei den 8 großen Banken eine Senkung um 120 Mill. Frank. Mit Ausnahme der Bankkreditoren, die vom 2. zum 3. Quartal des laufenden Jahres eine Aufholung von 414 auf 442 Mill. Frank aufweisen, hielt die rückläufige Tendenz bei den 8 Großbanken weiter an. Die Scheckkredite und Sichtkredite sanken von 1520 auf 1518 Mill., die Terminkredite von 686 auf 642 Mill., die Sparkassen-, Deposit- und Einlagehefte von 849 auf 832, die Kassenobligationen von 1643 auf 1617, die Obligationsanleihen von 119 auf 107, Tratten und Akzepte von 213 auf 191, sonstige Passiven von 71 auf 65 Mill. Frank. Dem Rückgang der fremden Gelder stand eine Erhöhung der Eigenkapitalien um 66 auf 2610 Mill. Frank im Jahre 1931 gegenüber.

Bei den Aktivkapitalien zeigen die Kassa- und Giroguthaben einen raschen Aufschwung, und zwar im Jahre 1930 bei allen Banken um rd. 823 Mill., bei den 8 Großbanken im ersten Quartal 1932 um 123 Mill. auf 118 Mill. Frank. Im zweiten und dritten Quartal sinken allerdings diese Positionen bei den 8 Großbanken von 1077 auf 1057 Frank. Rückzüge aus Deutschland, England und den Vereinigten Staaten im Laufe des Vorjahres hatten eine Abnahme der Bankdebitoren zur Folge, und zwar bei allen Banken von 2403 auf 1165 Mill. Frank, bei den 8 Großbanken im 2. und 3. Quartal 1932 von 627 auf 615 Mill. Frank. Das Wechselportefeuille schrumpfte bei allen Bankinstituten im Jahre 1931 um etwa ein Drittel auf 1387 Mill. Frank, bei den Großbanken von 787 im 2. Quartal auf 731 Mill. im 3. Quartal. Eine ähnliche Entwicklung läßt sich bei den Kontokorrent-Debitoren der 8 Großbanken feststellen, nämlich eine Minderung von 2480 auf 2430 Mill. Frank. Im Unterschied zu diesem Abgleiten nahm das Hypothekengeschäft eine Aufwärtsbewegung, nämlich von 366 auf 367 Mill. Frank.

Der kurze Überblick über die

Geschäftsentwicklung der Banken

offenbart eine weitere Verschärfung der wirtschaftlichen Krise, die erst in den letzten $1^1/_2$ Jahren auf die Schweiz übergriff.

Unmittelbar nach dem Kriege war

die Schweiz neben Schweden und Holland das Ziel der Kapitalflucht

geworden, und zwar insbesondere aus denjenigen Staaten, die langjährige Inflationsperioden aufzuweisen hatten. Aus Ländern, wie Deutschland, Frankreich, Österreich, Italien, Polen usw., strömte das aufgescheuchte Kapital in die Schweiz, um in den verschiedensten Formen „sicher" angelegt zu werden. Durch den gewaltigen Kapitalzustrom und die rasch ansteigende Entwicklung des schweizerischen Bankgewerbes erlangte die Eidgenossenschaft bald eine besondere Bedeutung als internationales Finanz-, Arbitrage- und Kapitalvermittlungszentrum. Das Vertrauen des Weltkapitals und die sichere Goldmacht der Schweiz ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Wirtschaft der Schweiz im Gegensatz zu der Wirtschaft der Nachbarstaaten weder den unmittelbaren Wirkungen des Weltkrieges, noch denen der darauf folgenden Inflation ausgesetzt war. Die ruhige ökonomische Entwicklung des Landes, die Erhaltung der produktiven Kräfte während des Krieges, die Industrialisierung und Rationalisierung durch Konzentration, die qualitative Hebung der Produktion usw. stempelten die Schweiz zu einer wirtschaftlichen Oase. Ferner übten der Übergang zur Goldwährung und das hohe Prestige des schweizerischen Bankgewerbes nach dem Kriege eine starke Anziehungskraft auf das internationale Kapital aus.

Die Kapitalzufuhren regten die Wirtschaft der Schweiz in hohem Grade an. **Die schweizerische Nachkriegswirtschaft ist durch eine Beschleunigung der Kartell- und Trustbildung gekennzeichnet.** Der billige Diskontsatz und die Kapitalflüssigkeit ermöglichten nicht nur der Eidgenossenschaft, sondern auch den Kantonen und Gemeinden, durch die Ausgabe von Obligationen und Schulverschreibungen sich die nötigen Investitionskapitalien zur Förderung der Industrialisierung des Landes, zur Anregung des Baumarktes usw. zu verschaffen.

Diese Industrialisierung hat die Wirtschaft der Eidgenossenschaft in eine enge Verflechtung mit der Weltwirtschaft gebracht.

Diese gegenseitige Wechselwirkung gibt auch die Ursache für das Übergreifen der allgemeinen Krise nach der Schweiz ab. Der Außenhandel geht infolge der wirtschaftlichen Stagnation rasch zurück. Eine Stockung der Produktion und eine Steigerung der Arbeitslosigkeit macht sich in immer größerem Umfange bemerkbar. Die Einfuhr weist im ersten Vierteljahr 1932 gegenüber demselben Zeitabschnitt des Vorjahres eine Minderung von 546,6 Mill. Frank auf 471,2 Mill. auf. Die Ausfuhr nach Europa zeigt im 1. Quartal 1932 eine Senkung von 201 Mill., diejenige nach Übersee eine solche von 39,3 Mill. Frank, so daß sich eine Gesamtverschlechterung der Handelsbilanz für die ersten drei Monate des laufenden Jahres von 165 Mill. Frank ergibt.

Diese wirtschafts- und handelspolitische Stagnation der Schweiz zeigt ihre Schicksalsverbundenheit mit dem übrigen Europa. Nur ein allgemeiner Wiederaufstieg Europas macht die Bahn für einen Wiederaufstieg der Schweiz frei.

Zinssenkung bei den Banken.

Nachdem die Postsparkasse und die kommunalen Sparkassen ihre Einlagenzinssätze gesenkt haben, haben nunmehr die im polnischen Bankverbande zusammengeschlossenen Banken vom 1. Dezember d. J. ihre Einlagezinsen ebenfalls herabgesetzt. Während die Zinsen für Debetkonten und Kredite durch das Zinsengesetz bekanntlich um $1^1/_2$ Prozent herabgesetzt wurden, wurden die Einlagezinsen um $^1/_2$ bis 1 Prozent gesenkt. Die Differenz zwischen Debet- und Einlagezinsen, die jetzt die Haupteinnahmequelle der Banken sind, ist dadurch erheblich geringer geworden. In Bankkreisen wird auf diese Tatsache besonders hingewiesen.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 1. Dezember auf 5,9244 Złoty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 6%, der Lombardsatz 7%.

Der Złoty am 30. November. Danzig: Ueberweisung 57.61 bis 57.73, bar 57.63—57.75, Berlin: Ueberweisung, große Scheine 46,95—47,35, Wien: Ueberweisung 79,31—79.79, Prag: Ueberweisung 377,90—379,90, Zürich: Ueberweisung 58,30, London: Ueberweisung 28.56.

Warschauer Börse vom 30. Novbr. Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgien —, Belgrad —, Budapest —. Bukarest —, Danzig 173,60, 174,03 — 173.17, Helsingfors —. Spanien —, Holland 358,80, 359.70 — 357.90, Japan —. Konstantinopel —, Kopenhagen —, London *), 28,28 — 27.99, Newyork 8,927, 8,947 — 8,907, Oslo —, Paris 34,88, 34,97 — 34,79, Prag —, Riga —, Sofia —, Stockholm —, Schweiz 171.60, 172,03 — 171,17, Tallin —, Wien —, Italien 45,30, 45,52 — 45 08.

*) London Umsätze 28,12—28,.15

Freihandelskurs der Reichsmark 211,90.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskontsätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 30. November Geld	Brief	In Reichsmark 29. November Geld	Brief
2,5%	1 Amerika	4.209	4,217	4,209	4.217
2%	1 England	13.35	13.39	13,33	13.37
2,5%	100 Holland	169.33	169.67	169.33	169.67
9%	1 Argentinien	0.863	0.867	0,868	0.872
4%	100 Norwegen	69.05	69.17	68.98	69.12
4%	100 Dänemark	69.53	69.67	69.53	69.67
6.5%	100 Island	60.44	60.56	60.44	60.66
3.5%	100 Schweden	73.08	73.22	72.98	73.12
3.5%	100 Belgien	58.27	58.39	58.27	58.39
5%	100 Italien	21.46	21.50	21.49	21.53
2.2%	100 Frankreich	16.45	16.50	16.465	16.505
2%	100 Schweiz	80.92	81.08	80.92	81.08
6.5%	100 Spanien	34.42	34.48	34.40	34.46
—	1 Brasilien	0.294	0.296	0.294	0.296
5.84%	1 Japan	0.839	0.841	0.859	0.861
—	1 Kanada	3.536	3.544	3.546	3.554
—	1 Uruguay	1.698	1.702	1.698	1.702
4.5%	100 Tschechoslowak.	12.465	12.485	12.465	12.485
6.5%	100 Finnland	5.914	5.926	5.914	5.926
5.5%	100 Estland	110.59	110.81	110.59	110.81
6%	100 Lettland	79.72	79.88	79.72	79.88
6.5%	100 Portugal	12.76	12.78	12.76	12.78
9.5%	100 Bulgarien	3.057	3.063	3.057	3.063
7.5%	100 Jugoslawien	5.634	5.646	5.634	5.646
6%	100 Oesterreich	51.95	52.05	51.95	52.05
6%	100 Ungarn	—.—	—.—	—.—	—.—
4%	100 Danzig	81.84	82.00	81.85	82.00
9%	1 Türkei	2.008	2.012	2.008	2.012
11%	100 Griechenland	2.498	2.502	2.498	2.502
—	1 Kairo	13.73	13.77	13.71	13.75
7%	100 Rumänien	2.517	2.523	2.517	2.523
—	Warschau	46.95	47.35	46.95	47.35

Züricher Börse vom 30. Novemb. (Amtlich.) Warschau 58,30, Paris 20,32⁵/₈, London 16,42, Newyork 5,20, Brüssel 72,00, Italien 26,38, Spanien 42,45, Amsterdam 209,03³/₄, Berlin 123,53¹/₂, Stockholm 90,10, Oslo 84,80, Kopenhagen 85,70, Sofia 3,76¹/₄, Prag 15,40, Belgrad 7,00, Athen 2,85, Konstantinopel 2,42, Bukarest 3,08¹/₂, Helsingfors 7,20, Buenos Aires 1,09, Japan 1,04.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,89 Zł., do. kl. Scheine 8,87 Zł., 1 Pfd. Sterling 28,21 Zł., 100 Schweizer Franken 170,92 Zł., 100 franz. Franken 34,74 Zł., 100 deutsche Mark 210,00 Zł., 100 Danziger Gulden 172,92 Zł., tschech. Krone —.— Zł., österr. Schilling —.— Zł.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 30. November. Es notierten: 5proz. Staatl. Konvert.-Anleihe 40,50—40,75 +, 8proz. Dollarbriefe der Posener Landschaft 49—50 B., 8proz. Gold-Amortisations-Dollarbriefe der Posener Landschaft 52 +, 4proz. Konvert.-Pfandbriefe der Posener Landschaft 31,50 +, 6proz. Roggenbriefe der Posener Landschaft 10 B. Tendenz belebt. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Warschau, 30. November. Getreide, Mehl und Futtermittel-Abschlüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kg. Parität Waggon Warschau: Roggen 15 25—15,50. Einheitsweizen 25,00 bis 25,50. Sammelweizen 24,50—25,00. Einheitshafer 15,50 bis 16,00. Sammelhafer 13,50—14 00. Grützgerste 14,50—15,00. Braugerste 16,00—17,00. Speisefelderbsen 23,00—25,00. Viktoriaerbsen 25,00—30,00. Winterraps 47 00—49,00. Rotklee ohne dicke Flachsseide 120,00—135,00. Rotklee ohne Flachsseide bis 97% gereinigt 130,00 bis 145,00, roher Weißklee 100,00—130,00, roher Weißklee bis 97% gereinigt 140,00—190,00, Luxus-Weizenmehl 43,00—48,00. Weizenmehl 4/0 38,00—43,00. Roggenmehl I 25,00—27,00. Roggenmehl II 20,00, bis 21,50, Roggenmehl III 20,00—21,50, grobe Weizenkleie 10,00—10 50, mittlere 9 50—10,00. Roggenkleie 9,00—9,50, Leinkuchen 21,50—22,00, Rapskuchen 16,00—16,50, Sonnenblumenkuchen 17,00—17,50, doppelt gereinigte Seradella —.—, blaue Lupinen 8,00—8,50, gelbe —.—, Peluschken 15,00—16,00, Wicke —.—.

Umsätze 1094 to, davon 300 to Roggen. Tendenz: ruhig.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 30. November. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Złoty

Transaktionspreise:

Roggen 15 to 14.60

Richtpreise:

Weizen	21.50—22.50	Sommerwicke	—.—
Roggen	14.10—14.30	Blaue Lupinen	—.—
Mahlgerste 64—66 kg	13.25—13.75	Gelbe Lupinen	—.—
Mahlgerste 68—69 kg	13.75—14.50	Raps	42.00—43.00
Braugerste	15.25—16.75	Fabrikkartoffeln pro Kilo %	—.—
Hafer	13.25—13.50	Senf	38.00—44.00
Roggenmehl (65%)	21.50—22.50	Blauer Mohn	105.00-115.00
Weizenmehl (65%)	34.00—36.00	Roggenstroh, lose	2.50—2.75
Weizenkleie	8.00—9.00	Roggenstroh, gepr.	3.00—3.25
Weizenkleie (grob)	9.00—10.00	Heu, lose	5.00—5.25
Roggenkleie	8.00—8.25	Heu, gepreßt	5.80—6.70
Winterrübsen	40.00—45.00	Netzeheu, lose	6.00—6.50
Peluschken	—.—	Netzeheu, gepr.	6.75—7.40
Felderbsen	—.—	Sonnenblumenkuchen 46—48%	—.—
Viktoriaerbsen	21.00—24.00		
Folgererbsen	33.00—36.00		

Gesamttendenz: schwach. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 360 to, Weizen 120 to, Gerste 90 to, Roggenkleie 15 to, Weizenkleie 45 to.

Nach dem Urteil der Börse war die Tendenz für Roggen, Weizen, Brau- und Mahlgerste, Roggen- und Weizenmehl schwach, für Hafer ruhig.

Berliner Produktenbericht vom 30. November. Getreide und Oelsaaten für 1000 Kg. ab Station in Goldmark: Weizen, märk., 77—76 Kg. 193,00—195,00, Roggen märk., 72—73 Kg. 154,00 bis 156,00, Braugerste 170,00—180,00. Futter- und Industriegerste 161,00—168,00. Hafer, märk. 124,00—129,00, Mais —.—.

Für 100 Kg.: Weizenmehl 24,10—27,00, Roggenmehl 19,75—22,10, Weizenkleie 9,45—9,75, Roggenkleie 8,75—9,10, Raps —.—, Viktoriaerbsen 21,00—26,00, Kl. Speiseerbsen 20,00—23,00, Futtererbsen 14,00 bis 16,00, Peluschken —.—, Ackerbohnen —.—, Wicken —.—, Lupinen, blaue —.—, Lupinen, gelbe —.—, Serradella —.—, Leinkuchen 10,10—10,20, Trockenschnitzel 8,90, Soya-Extraktionsschrot 10,00, Kartoffelflocken —.—.

Hamburg, Cif-Notierungen für Getreide und Kleie vom 30. Novbr. (Preise in Hfl. per 100 kg cif Hamburg unverzollt.) Weizen: Manitoba I per Dezember 4,82¹/₂, Manitoba II per Dezember 4,75, Rosafé per Januar-Februar 4,40, Barusso per Januar-Februar 4,40; Gerste: Donaugerste per Dezember 3,82¹/₂, Plategerste per Januar-Februar 3,72¹/₂; Roggen: Plata per Januar-Februar 3,70; Mais: La Plata per Dezember 3,35, Donau/Galfox per November 3,25; Hafer: Plata Unclipped per Januar-Februar 3,40, Plata Clipped per Januar-Februar 3,60; Weizenkleie: Pollards 3,20, Bran 3,20.